



Werkstattheft **Soziale Arbeit und nachhaltige Entwicklung**

Werkstattheft

**Soziale Arbeit und
nachhaltige Entwicklung**

<u>Prof. Bernard Wandeler und Katrin Hofer</u>	
Einleitung	4
<u>Prof. Dorothee Guggisberg</u>	
Soziale Arbeit und nachhaltige Entwicklung	5
<u>Prof. Bea Durrer Eggerschwiler</u>	
Nachhaltige Entwicklung – die grosse Transformation und das «Soziale»	7
<u>Dr. Sabin Bieri</u>	
Ehrgeizige Ziele – verschlungene Pfade. Die Agenda 2030 und was sie bedeuten könnte	11
<u>Marianne Hochuli</u>	
Die Agenda 2030 fordert die Schweiz	16
<u>Andrea Binder-Zehetner</u>	
Lokale Agenda 21 – Beteiligung für eine nachhaltige Grätzentwicklung	19
<u>Dr. Harald Klimenta</u>	
Warum wir raus aus der Wachstumsspirale müssen – und warum das nicht schlimm ist ..	23
<u>Beatrice Windlin</u>	
Hochschule Luzern auf dem Weg der nachhaltigen Entwicklung	26
<u>Katrin Hofer</u>	
Nachhaltigkeitswettbewerb	27
<u>Karin Schweitzer</u>	
Agenda 2030 – durch Kürzungen ausgebremst	28
<u>Fleur Matson</u>	
Partizipation ermöglichen	30
<u>Lea Estermann</u>	
Der Tropfen	32
<u>Studierende</u>	
Das World Café	34
<u>Katrin Hofer</u>	
Literaturliste zur Studienwoche	37
<u>Katrin Hofer</u>	
Bücherauswahl zur Studienwoche	38
<u>Fotos von Corinne Wicki, Saranda Salihaj und Katja Doslic</u>	
Rückblick: Studienwoche	39

Einleitung



Prof. Bernard Wandeler
Dozent und Projektleiter
Hochschule Luzern – Soziale
Arbeit

Auch im Jahr 2019 führte die Hochschule Luzern – Soziale Arbeit eine internationale Studienwoche durch. Das Besondere an diesen Blockwochen ist, dass Studierende aus allen Semestern und Studienrichtungen zusammen am gleichen Thema arbeiten. Es wird jeweils ein Thema behandelt, das einen Blick über die Schweizer Grenzen hinaus erfordert. Dazu laden wir immer wieder auch Gäste aus dem Ausland ein – dieses Jahr aus Deutschland und Österreich. In früheren Studienwochen haben wir Themen wie Migration und Integration, demografischer Wandel, Armut, Arbeitslosigkeit, Diskriminierung und soziale Ausgrenzung, Religionen usw. als zentrale Themen ausgewählt. Auch dieses Jahr haben wir uns wieder für ein aktuelles sozialpolitisches Thema entschieden: «Soziale Arbeit und nachhaltige Entwicklung». Gemeinsam mit Gästen aus dem In- und Ausland haben wir uns intensiv mit der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung auseinandergesetzt, haben das Thema theoretisch durch Referate und Filme erschlossen und uns von spannenden Projektbeispielen inspirieren lassen.



Katrin Hofer
Wissenschaftliche
Mitarbeiterin
Hochschule Luzern –
Soziale Arbeit

Das Kernstück der Agenda 2030 sind die 17 Ziele für nachhaltige Entwicklung mit ihren 169 Unterzielen, auch Sustainable Development Goals (SDGs) genannt. Diese gelten als globaler Kompass für nachhaltige Entwicklung, gehen auf die wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Dimensionen von Nachhaltigkeit ein und vereinen zum ersten Mal Armutsbekämpfung und Umweltschutz. Die SDGs sollen bis 2030 global und von allen UNO-Mitgliedstaaten erreicht werden – auch von der Schweiz. Und dennoch hat in der Schweiz noch fast niemand von dieser Agenda für nachhaltige Entwicklung gehört. In der Studienwoche wollten wir uns daher nicht nur mit dem Inhalt der Agenda 2030 befassen, sondern auch darüber diskutieren, wie die Agenda der Bevölkerung nähergebracht werden kann und erkennen, wo auf der Makro-, Meso- und Mikroebene Handlungspotenzial besteht. Dies sind ambitionierte, aber wichtige Fragestellungen. Des Weiteren wollten wir uns mit den Fragen beschäftigen, welchen Beitrag die Soziale Arbeit zur Umsetzung der 17 Ziele für nachhaltige Entwicklung in der Schweiz leisten kann, wie unsere globale Verantwortung aussieht und was wir – als Professionelle der Sozialen Arbeit, als Mitglieder der Zivilgesellschaft und als Individuen – dazu beitragen können, dass die 17 Ziele für nachhaltige Entwicklung erreicht werden können. Die Studierenden hatten während der Woche zudem die Aufgabe, Ideen zu sammeln und zu präsentieren, was die Hochschule Luzern – Soziale Arbeit im Bereich Nachhaltigkeit machen könnte. Am Ende der Woche wurde die beste Idee ausgezeichnet und der Hochschul- bzw. Departementsleitung mit dem Antrag zur Umsetzung übergeben.

Studierende haben sich im Vorfeld aktiv an der Gestaltung der Studienwoche beteiligt. Sie haben als Vorbereitung Fachartikel und literarische Werke gelesen sowie Filme angeschaut. Weiter haben sie ihren eigenen ökologischen Fussabdruck berechnet und hatten die Aufgabe, zu reflektieren, was das Resultat bei ihnen ausgelöst hat. Wir haben während einer ganzen Woche aufmerksam zugehört, engagiert debattiert und gesehen, dass es in der Schweiz viele tolle niederschwellige Projektbeispiele gibt, bei denen sich Organisationen, Gruppen, Vereine und Individuen für eine nachhaltige Zukunft einsetzen. Diese Beispiele haben uns beeindruckt und uns allen Mut gegeben.

Prof. Bernard Wandeler und Katrin Hofer

Soziale Arbeit und nachhaltige Entwicklung



Prof. Dorothee Guggisberg
Direktorin Hochschule
Luzern – Soziale Arbeit

Der Slogan zur nachhaltigen Entwicklung «Think global – act local» schlug ein. Das war in den 1990er-Jahren. Der Brundtland-Bericht der Vereinten Nationen 1987 und der Erdgipfel in Rio de Janeiro 1992 betonten die Vernetzung von Umwelt, Wirtschaft und Gesellschaft und machten dieses Drei-Dimensionen-Konzept zum aufrüttelnden Brennpunkt und gleichzeitig zu einem neuen Denkmodell (Bundesamt für Raumentwicklung, 2017a; Bundesamt für Raumentwicklung, 2017b). Seither ist das Thema Nachhaltigkeit nicht mehr von der Bildfläche verschwunden. Und das – angesichts der drängenden Umweltprobleme – zu Recht.

Das Prinzip Ökologie, Ökonomie und Soziales gemeinsam zu denken ist einleuchtend. Einfache Prinzipien haben es aber manchmal in sich. Denn in der Konkretisierung sind die Herausforderungen der Nachhaltigkeit unübersehbar.

Für nachhaltige Entwicklung stehen verschiedene Zahlen: 17 Entwicklungsziele mit 169 Unterzielen – das ist das Kernstück der Agenda 2030. Alle 193 UNO-Mitgliedstaaten verabschiedeten die Ziele (Bundesamt für Raumentwicklung, 2017c). Die Schweiz hat sich 85 Indikatoren gesetzt, um die Umsetzung zu überprüfen (Bundesamt für Statistik, 2018a).

Der Bundesrat zog 2018 im Bericht der Schweiz an die UNO eine mehrheitlich positive Zwischenbilanz (Eidgenössisches Departement für auswärtige Angelegenheiten EDA, 2018). Dies insbesondere bei der Gesundheit, Bildung, Energie, Beschäftigung, Infrastruktur und Innovation. Handlungsbedarf sieht er hingegen im Umgang mit dem Ressourcenverbrauch, dem Konsumverhalten und den Produktionsbedingungen für importierte Güter.

Aus Sicht der Sozialen Arbeit gibt es aber noch andere Prioritäten: keine Armut. Hier weist die Schweiz als eines der reichsten Länder der Welt keine positive Bilanz aus. Die Armutsquote liegt bei rund acht Prozent und die Sozialhilfequote liegt bei 3,3 Prozent (Bundesamt für Statistik, 2018b). Beide Werte sind zwar relativ stabil, in absoluten Zahlen aber zunehmend. Die Armut konnte also bisher nicht reduziert werden. Im Gegenteil, mehrere Kantone in der Schweiz wollen aktuell die Sozialhilfe weiter kürzen – trotz Konsens vor ein paar Jahren über die Leistungshöhe und obwohl mit Leistungskürzungen kein Problem gelöst und die Armut nicht vermindert wird.

Das Konzept der Nachhaltigkeit hilft als Denk- und Handlungsraaster. Es hilft, Zusammenhänge herzustellen und aufzuzeigen. Aber die Balance von Wirtschaft-Gesellschaft-Umwelt bleibt eine veritable Herausforderung, denn gegensätzliche Interessen sind diesen Polen inhärent.

Soziokulturelle Animatorinnen, Sozialpädagogen oder Sozialarbeiterinnen stehen mitten in diesem Spannungsfeld. Sie arbeiten mit Armutsbetroffenen in Sozialdiensten, in Integrationsprogrammen, in der aufsuchenden Arbeit. Und sie setzen sich ein für wirtschaftliche, ökologische und gesellschaftliche Verbesserungen zugunsten individueller Lebenslagen und struktureller Rahmenbedingungen. Das stellt für Professionelle in der Sozialen Arbeit die Frage nach den Handlungsmöglichkeiten zur Armutsreduktion – in der Sozialpolitik, in der Wirtschaftspolitik, der Migrations- und Finanzpolitik bzw. beim Bund, bei den Kantonen, den Gemeinden oder bei Verbänden. Sie müssen die Politikfelder und die gesellschaftlichen Bereiche durchdringen und verstehen, um konkrete Lösungsansätze realistisch entwerfen zu können. Die Soziale Arbeit ist aber nicht allmächtig und nicht überall zuständig. Und Glaubenssätze reichen nicht. Gefordert sind umsichtige Findungsprozesse, gute Vernetzung und konstruktive Kommunikation. Eine spannende Aufgabe!

Quellen

- Bundesamt für Raumentwicklung (2017a). *1987: Brundtland-Bericht*. Gefunden unter https://www.are.admin.ch/are/de/home/nachhaltige-entwicklung/internationale-zusammenarbeit/agenda-2030-fuer-nachhaltige-entwicklung/uno_-meilensteine-zur-nachhaltigen-entwicklung/1987--brundtland-bericht.html
- Bundesamt für Raumentwicklung (2017b). *1992: UNO-Konferenz für Umwelt und Entwicklung, Rio de Janeiro*. Gefunden unter https://www.are.admin.ch/are/de/home/nachhaltige-entwicklung/internationale-zusammenarbeit/agenda-2030-fuer-nachhaltige-entwicklung/uno_-meilensteine-zur-nachhaltigen-entwicklung/1992--uno-konferenz-fuer-umwelt-und-entwicklung--rio-de-janeiro.html
- Bundesamt für Raumentwicklung (2017c). *Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung*. Gefunden unter <https://www.are.admin.ch/are/de/home/nachhaltige-entwicklung/internationale-zusammenarbeit/agenda-2030-fuer-nachhaltige-entwicklung.html>
- Bundesamt für Statistik (2018a). *Monitoring der Ziele der Agenda 2030*. Gefunden unter <https://www.bfs.admin.ch/bfs/de/home/statistiken/nachhaltige-entwicklung/monitoring-ziele-agenda-2030.html>
- Bundesamt für Statistik (2018b). *Sozialhilfe*. Gefunden unter <https://www.bfs.admin.ch/bfs/de/home/statistiken/soziale-sicherheit/sozialhilfe.html>
- EDA (2018). *Die Umsetzung der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung durch die Schweiz: Länderbericht der Schweiz 2018*. Bern.

Nachhaltige Entwicklung – die grosse Transformation und das «Soziale»



Prof. Bea Durrer Eggerschwiler
Dozentin und Projektleiterin
Hochschule Luzern – Soziale
Arbeit

Seit über 30 Jahren wird die Wende hin zu einer nachhaltigen Entwicklung eingefordert. Obwohl seither die Sensibilisierung und das Wissen für Themen der nachhaltigen Entwicklung in Politik, Wissenschaft und Zivilgesellschaft gestiegen sind und auch einiges erreicht worden ist, zeigen die aktuellen Herausforderungen wie Klimawandel, Biodiversitätsverlust, wachsende Ungleichverteilung usw., dass es noch ein weiter Weg ist zu einer umfassenden und wirkungsvollen «Transformation» der heutigen Verhältnisse. In diesem Beitrag werden die gesellschaftliche Dimension der nachhaltigen Entwicklung sowie die Bedeutung des «Sozialen» und der Sozialen Arbeit für eine nachhaltige Zukunftsgestaltung näher beleuchtet.

Grundlagen der nachhaltigen Entwicklung

Bereits in der Definition der Weltkommission für Umwelt und Entwicklung (Brundtland-Kommission) von 1987 werden die drei Dimensionen Ökologie, Ökonomie und Gesellschaft als gleichwertig und miteinander verwoben dargestellt und die drei normativen Prinzipien Bewahrung der Umwelt, soziale Gerechtigkeit und politische Partizipation formuliert. Darin enthalten ist ein emanzipatorischer Anspruch, soll doch ein «gutes Leben» nicht nur für die heutige Weltbevölkerung (intragenerationelle Gerechtigkeit), sondern auch für zukünftige Generationen (intergenerationelle Gerechtigkeit) gewährleistet werden (IDANE, 2012). Mit anderen Worten: Das Konzept der nachhaltigen Entwicklung verfolgt eine Utopie, die nach einem «guten Leben» für alle Menschen dieser Erde zu jeder Zeit strebt. Dies bedeutet, dass umweltpolitische und soziale bzw. entwicklungspolitische Ziele nicht getrennt voneinander betrachtet werden können und sich bei der Formulierung und Umsetzung von konkreten Zielen unweigerlich Fragen betreffend Machtverhältnissen, Zugang zu Ressourcen und Verteilungsgerechtigkeit stellen. Somit ist das Konzept der nachhaltigen Entwicklung letztlich eine konsequente Verlängerung der Idee der Menschenrechte, da das Recht auf Würde, Entfaltung und Entwicklung allen Menschen weltweit zugestanden wird und zwar heute und für zukünftige Generationen (Jürg Minsch zit. in Uwe Schneidewind, 2018, S. 35). Die grosse Frage, die sich seither stellt: Wie kann eine wirtschaftlich, sozial und ökologisch nachhaltige Entwicklung im 21. Jahrhundert gewährt werden? Mit der einstimmigen Verabschiedung der Resolution «Transformation unserer Welt: die Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung» durch Staats- und Regierungshäupter erfolgte auf globaler Ebene im September 2015 ein weiterer Schritt in Richtung einer Konkretisierung. Die sogenannten 17 Sustainable Development Goals (SDGs) sind ein Versuch, für die enormen Herausforderungen der heutigen Menschheit staatenübergreifende, gemeinsame Lösungen zu suchen und zu finden.

Gesellschaftliche Dimension

Welche Bedeutung kommt der gesellschaftlichen Dimension innerhalb der nachhaltigen Entwicklung zu? Lange Zeit fehlten Grundlagen, Zielsetzungen, aber auch Indikatoren zur Definition und Messung der gesellschaftlichen Dimension. Dies hat mit der Entstehungsgeschichte des Konzeptes der nachhaltigen Entwicklung zu tun. In den 1980er-Jahren ist die Erkenntnis gewachsen, dass Umweltprobleme eine globale Dimension haben und auch soziale Massnahmen notwendig sind, um wirkungsvollen Umweltschutz betreiben zu können. In der Folge hat sich die Nachhaltigkeitsforschung zunehmend von ihrer ökologischen Herkunft emanzipiert und es wurden theoretische Ansätze zu den Themen Armut, Partizipation und Entwicklung erarbeitet. Immer noch fehlt hingegen ein theoretisch fundierter Ansatz zur sozialen Nachhaltigkeit (Beate Littig & Erich Griessler, 2004). Grundlage der gesellschaftlichen Dimension sind anerkannte Grundsätze der Menschenrechte wie Achtung der Menschenwürde, Solidarität, Gleichheit, Mitsprache, die auch die Grundpfeiler des Verständnisses der Sozialen Arbeit bilden. Im Berufskodex Soziale Arbeit Schweiz wird explizit erwähnt, dass die einer Gesellschaft zur Verfügung stehenden Ressourcen bedürfnisgerecht, adäquat und rechtmässig zu verteilen seien (Avenir Social 2010 7. Definition der Sozialen Arbeit, Absatz 6). Obwohl hier wahrscheinlich eher finanzielle Mittel gemeint sind, lässt sich der Ressourcenbegriff – unter Verweis auf die SDGs – auf die natürlichen Ressourcen ausdehnen und gibt so den Professionellen der Sozialen Arbeit ein Argument an die Hand, um sich in ihrem beruflichen Kontext für die Belange der nachhaltigen Entwicklung einzusetzen.

Oftmals sind Akteure und Akteurinnen auf regionaler und lokaler Ebene mit der Frage konfrontiert, wie Ziele im Bereich der gesellschaftlichen Dimension formuliert, anhand welcher Kriterien definiert und wie deren Entwicklung überprüft und gemessen werden können. Während auf nationaler Ebene mit dem Indikatorensystem MONET die nachhaltige Entwicklung kontinuierlich überprüft werden kann, fehlen auf kommunaler und regionaler Ebene oftmals geeignete Indikatoren, insbesondere im Bereich der gesellschaftlichen Dimension. Daher hat eine Arbeitsgruppe im Auftrag des Bundesamtes für Raumentwicklung Grundlagen zusammengestellt, die aufzeigen, wie die sozialen Aspekte der nachhaltigen Entwicklung in Projekten definiert und gemessen werden können (ARE, 2014). In der Publikation wurden – aufbauend auf dem Kapitalstockmodell¹ und in Kombination mit Erkenntnissen aus der Praxis – sieben Ressourcen und 14 Ressourcenkomponenten definiert, für die jeweils Indikatoren vorgeschlagen werden. Am Beispiel der Ressource «Soziale Kohäsion» lässt sich aufzeigen, dass die meisten der aufgeführten Indikatoren eng mit der Profession der Sozialen Arbeit verbunden sind wie z.B. «Sozialhilfe, freiwilliges Engagement, Beteiligung, Ausmass und Intensität sozialer Kontakte, soziale Beziehungen» usw. (ARE, 2014, S. 50). Somit lässt sich feststellen, dass die Profession der Sozialen Arbeit eng mit der gesellschaftlichen Dimension der nachhaltigen Entwicklung verknüpft ist und sich die Professionellen der Sozialen Arbeit in ihrem beruflichen Kontext auf vielfältige Weise und auf unterschiedlichen Ebenen für die Anerkennung und Erreichung der Ziele der gesellschaftlichen Dimension einer nachhaltigen Entwicklung einsetzen.

1

Neben dem Drei-Dimensionen-Konzept bildet das Kapitalstockmodell eine weitere Grundlage für die schweizerische Nachhaltigkeitspolitik. Das Kapitalstockmodell wurde von der Weltbank 1994 entwickelt und basiert auf der Idee, dass es drei Kapitalstöcke gibt: Umwelt, Wirtschaft und Gesellschaft. Das Nachhaltigkeitskapital bildet sich aus der Summe der drei Kapitalstöcke (ARE, 2018).

Ein «gutes Leben» und «Lebensqualität»

Wie bereits dargelegt, ist eines der wesentlichen Ziele einer nachhaltigen Entwicklung, allen Menschen – unter Berücksichtigung der planetaren Grenzen – ein «gutes Leben» zu ermöglichen. Was ist ein «gutes Leben», wie wird dieses definiert und «gemessen»? Meist wird im Zusammenhang mit «gutem Leben» der Begriff Lebensqualität verwendet. In der wissenschaftlichen Literatur und im gesellschaftspolitischen Diskurs finden sich eine Vielzahl von unterschiedlichen Definitionen und Konzeptualisierungen der Lebensqualität. Generell gilt Lebensqualität als ein «Konzept, das sowohl materielle wie auch immaterielle, objektive und subjektive, individuelle und kollektive Wohlfahrtskomponenten gleichzeitig umfasst und das «Besser» gegenüber dem «Mehr» betont» (Heinz-Herbert Noll, 2000, S. 3). Der finnische Soziologe Erik Allardt hat Lebensqualität durch die Begriffe *having*, *loving* und *being* definiert und damit unterstrichen, dass das «gute Leben» nicht nur durch Wohlstand (*having*), sondern auch wesentlich durch die Qualität zwischenmenschlicher Beziehungen (*loving*) sowie die Möglichkeiten, sich am gesellschaftlichen Leben zu beteiligen und ein aktives, selbstbestimmtes Leben zu führen (*being*), bestimmt wird (Noll, 2002, S. 9). Für die empirische Beobachtung und Analyse haben sich Ansätze als besonders fruchtbar erwiesen, die Lebensqualität als multidimensionales Konzept betrachten. Von einer guten Lebensqualität kann demnach nur gesprochen werden, wenn nicht nur die objektiven Lebensbedingungen sowie die gesellschaftlichen Institutionen und Strukturen hohen Qualitätsstandards genügen, sondern gleichzeitig auch mit einem positiv eingeschätzten subjektiven Wohlbefinden der Bevölkerung einhergehen. Im Zusammenhang mit den Erfordernissen einer nachhaltigen Entwicklung ist es von grundlegender Bedeutung, dass dieser eine erweiterte Definition von Lebensqualität zu Grunde gelegt wird, die über materiell-ökonomische und quantitativ messbare Faktoren hinausgeht, und auch «subjektive» Einschätzungen in die Beurteilung einbezogen werden (Schneidewind, 2018, S. 172). Damit wird deutlich, dass die Realisierung einer nachhaltigen Entwicklung als kontinuierlicher gesellschaftlicher Lern- und Aushandlungsprozess zu verstehen ist und eine Auseinandersetzung um Gerechtigkeitsverständnisse, Lebensverhältnisse, Normen und Werte benötigt. Oder wie es Schneidewind (2018, S. 36) formuliert: «Nach welchen normativen Prinzipien gestaltet die Menschheit ihr Zusammenleben? Was heisst dies für institutionelle und ökonomische Ordnungen, aber auch die Ausgestaltung und den Umgang mit Technologien?». Ebenso braucht es eine gesellschaftliche Auseinandersetzung darüber, ob eine «Kultur des Genug», in der die materiellen Aspekte anders oder weniger gewichtet werden, möglich ist und wie die Ausbildung dieser Kultur unterstützt werden kann (ebd., S. 175). Welche Rolle kann die Soziale Arbeit in diesen Lern- und Aushandlungsprozessen spielen? Welche Rolle spielt das «Soziale» insgesamt in der Transformation hin zu einer nachhaltigen Entwicklung? Diesen Fragen wird im Folgenden nachgegangen.

Das «Soziale» als Grundlage und Voraussetzung für eine nachhaltige Entwicklung

Wenn es um nachhaltige Entwicklung und die Erreichung der SDGs geht, fällt auf, dass meist eine eher technologisch orientierte Herangehensweise mit einem entsprechend sozialtechnischen Gesellschaftsverständnis den Diskurs dominiert. Darüber, wie gesellschaftliche Veränderung abläuft, wie über soziale Mikro- und Makroprozesse Gesellschaft durch das Handeln der einzelnen Gesellschaftsmitglieder reproduziert wird, fehlt Wissen. Ebenso fehlt in politischen und wissenschaftlichen Diskussionen die Auseinandersetzung mit den Dynamiken und Widersprüchen moderner, komplexer Gesellschaften, die es bei der Transformation hin zu einer nachhaltigeren Gesellschaft zu berücksichtigen gilt, weitgehend (Beate Littig & Erich Griessler, 2004, S. 29). Anders gesagt: Das Gesellschaftliche lässt sich nicht nur auf eine der drei Dimensionen der nachhaltigen Entwicklung reduzieren, sondern prägt als Dualität von gesellschaftlichen Strukturen und menschlichem Handeln massgeblich mit, ob und wie die Utopie einer nachhaltigen Entwicklung konkret umgesetzt wird. Konsequenter weitergedacht, ergibt sich daraus die Notwendigkeit, einerseits das «Soziale» als Basis der Nachhaltigkeitstrias anzuerkennen und andererseits das «Soziale» allgemein sowie seine Struktur- und Organisationsformen stärker als bisher in Beziehung zu den Achsen Ökonomie und Ökologie zu setzen (Matthias Drilling & Olaf Schnur, 2012, S. 26). Der Umgang mit der Natur bzw. mit den planetaren Grenzen lässt sich daher nicht vom menschlichen Denken, Vorstellungsvermögen, von Werturteilen und Machtverhältnissen trennen (Sebastian Brandl, 2002, S. 15). In diesem Sinne plädiert Michael Opielka (2017, S. 19) für ein weites Verständnis von sozialer Nachhaltigkeit, welches das «Soziale» als das Gesellschaftliche fasst und damit soziale Nachhaltigkeit als gesellschaftliches Transformationsprojekt versteht. Diesen Gedanken nimmt Schneidewind (2018) auf, indem er nachhaltige Entwicklung als kulturelle Revolution bezeichnet und die «grosse Transformation» als Grundlage für ein identitätsstiftendes, transdisziplinäres Narrativ sieht (S. 10). Die grosse Transformation beschreibt einen massiven ökologischen, technologischen, ökonomischen, institutionellen und kulturellen Umbruchprozess, der notwendig ist, um die Ziele der SDGs bis 2030 zu erreichen. Ausgangspunkt dafür bilden neue Wertvorstellungen und neue Herangehensweisen.

Wie gelingt die geforderte gesellschaftliche Transformation und was braucht es dazu? Wir wissen es nicht, wir müssen es, wie dargelegt, in Lern- und Aushandlungsprozessen zusammen erproben. Harald Welzer und Klaus Wiegand (2018, S. 7) formulieren dazu: «Wie sieht eine moderne Gesellschaft aus, die nicht mehr dem Prinzip der immerwährenden Expansion folgt, sondern «gutes Leben» mit nur einem Fünftel des heutigen Verbrauchs an Material und Energie sichert? Das weiss im Moment niemand, einen Masterplan für eine solche Moderne gibt es nicht. Wir brauchen daher Zukunftsbilder, die die Lebensqualität einer nachhaltigen Moderne vorstellbar machen.» Somit stellt sich die Frage, wo und wie einerseits Zukunftsbilder entstehen und wer die Vision und den Mut besitzt, diese in die Tat umzusetzen. Gefragt sind individuelle und kollektive Pioniere/-innen des Wandels aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und der Zivilgesellschaft. Gemäss Schneidewind (2018) spielt die Zivilgesellschaft hierin eine besondere Rolle als Motor der grossen Transformation, da sie einerseits auf die Gefahren aktueller Entwicklungen, andererseits aber auch auf alternative «Zukünfte» hinweist. Innerhalb der Zivilgesellschaft begründen, erkämpfen und erproben insbesondere Bottom-up-Bewegungen konkrete alternative Handlungsstrategien (S.301 ff). Dazu existieren in der Schweiz, aber auch weltweit, unzählige gute Beispiele, die innovativ und mutig neue, gemeinschaftlich und ökologisch orientierte Modelle des Zusammenlebens, des Wirtschaftens, des Wohnens usw. ausprobieren.

Rolle der Professionellen der Sozialen Arbeit bei der grossen Transformation

Grundsätzlich sind Fachpersonen der Sozialen Arbeit in ihrer Tätigkeit und gemäss dem Berufskodex der Sozialen Arbeit (Avenir Social 2010) den Menschenrechten verpflichtet. Sie setzen sich für das Recht auf Würde, die Entfaltung und Entwicklung jedes einzelnen Menschen, sowie für die gerechte Verteilung von Ressourcen gemäss den Zielsetzungen der nachhaltigen Entwicklung ein. Daraus kann die Aufgabe abgeleitet werden, Behörden, Politik und weitere Entscheidungsträger/innen für die damit verbundenen Erfordernisse zu sensibilisieren und sich für die Umsetzung der in den SDGs formulierten Ziele einzusetzen.

Was die grosse Transformation anbelangt, ist bei diesen Prozessen ein integratives und systematisches Vorgehen gefragt, bei dem soziale, ökologische und wirtschaftliche Aspekte einbezogen und aufeinander abgestimmt werden; dafür ist die lokale Ebene ideal (ARE, 2014, S. 5). Im Zentrum steht ein inter- und transdisziplinäres Vorgehen: Nicht nur Experten/-innenwissen, sondern der Einbezug des lebensweltlichen Wissens durch die Beteiligung der Betroffenen ist essenziell. In der Initiierung und Begleitung solcher Prozesse kann die Soziale Arbeit eine wichtige Rolle spielen, denn Professionelle der Sozialen Arbeit sind prädestiniert dafür, eine Vermittlungsposition zwischen unterschiedlichen Systemen und Lebenswelten einzunehmen. Zudem spielen bei der Förderung von Selbstorganisation und Kooperation, der Aktivierung von Zielgruppen, der Stärkung, Vernetzung und Bekanntmachung von «individuellen Pionieren und Pionierinnen» des Wandels soziokulturelle Herangehensweisen und Methoden eine bedeutende Rolle.

Im Bereich der angewandten Forschung liegt ein beträchtliches Potenzial in der reflexiven Beobachtung und Untersuchung governmentaler Handlungsmuster. Hier gilt es, Erkenntnisse zu gewinnen, wie das Zusammenspiel zwischen öffentlicher Hand, Experten/-innen, Akteuren/-innen der Zivilgesellschaft und der Bevölkerung in der Umsetzung der erforderlichen Transformationen innovativ gestaltet werden kann, damit zukunftsfähige, breit abgestützte Lösungen gefunden werden können.

Quellen

- ARE (Bundesamt für Raumentwicklung) (ohne Datum). *Webseite zum Nachhaltigkeitsverständnis der Schweiz*. Gefunden unter <https://www.are.admin.ch/are/de/home/nachhaltige-entwicklung/politik-und-strategie/nachhaltigkeitsverstaendnis-in-der-schweiz/kapitalstockmodell.html>
- ARE (Bundesamt für Raumentwicklung) (2014). *Soziale Aspekte der nachhaltigen Entwicklung. Grundlagen für die Nachhaltigkeitsbeurteilung von Projekten*. Gefunden unter <https://www.are.admin.ch/are/de/home/medien-und-publikationen/publikationen/nachhaltige-entwicklung/soziale-aspekte-der-nachhaltigen-entwicklung.html>
- ARE (Bundesamt für Raumentwicklung) (2016). *Nachhaltige Entwicklung und Lebensqualität im Quartier*. Gefunden unter <https://www.are.admin.ch/are/de/home/medien-und-publikationen/publikationen/nachhaltige-entwicklung/nachhaltige-entwicklung-und-lebensqualitaet-im-quartier.html>
- Avenir Social (2010). *Berufskodex Soziale Arbeit Schweiz*. Gefunden unter <https://avenirsocial.ch/publikationen/verbandsbroschueren/>
- Brandl, Sebastian (2002). Konzepte sozialer Nachhaltigkeit im deutschen Diskurs. In Thomas Ritt (Hrsg.) *Soziale Nachhaltigkeit: Von der Umweltpolitik zur Nachhaltigkeit* (S. 11–30). Wien: Informationen zur Umweltpolitik.
- Drilling, Matthias & Schnur, Olaf (2012). *Nachhaltige Quartiersentwicklung*. Wiesbaden: VS Research.
- Görge, Benjamin & Wendt, Björn (2015). Nachhaltigkeit als Fortschritt denken. *Soziologie und Nachhaltigkeit. Beiträge zur sozial-ökologischen Transformationsforschung* 2015/1. Gefunden unter <https://www.uni-muenster.de/Ejournals/index.php/sun/article/viewFile/1443/1352>
- IDANE (Interdepartementaler Ausschuss Nachhaltige Entwicklung) (2012). *Nachhaltige Entwicklung in der Schweiz – Ein Wegweiser*. Gefunden unter <https://www.are.admin.ch/are/de/home/medien-und-publikationen/publikationen/nachhaltige-entwicklung/nachhaltige-entwicklung-in-der-schweiz-ein-wegweiser.html>
- Littig, Beate & Griessler, Erich (2004). *Soziale Nachhaltigkeit. Informationen zur Umweltpolitik* 160. Wien: Bundeskammer für Arbeiter und Angestellte.
- Noll, Heinz-Herbert & Habich, Roland (2000). *Vom Zusammenwachsen einer Gesellschaft. Analysen zur Angleichung der Lebensbedingungen in Deutschland*. Frankfurt a.M., New York: Campus.
- Noll, Heinz-Herbert (2002). Towards a European System of Social Indicators: Theoretical framework and System Architecture. *Social Indicators Research, Special Issue*. 58, p. 47–87.
- Opielka, Michael (2017). *Soziale Nachhaltigkeit. Auf dem Weg zur Internalisierungsgesellschaft*. München: oekom.
- Schneidewind, Uwe (2018). *Die grosse Transformation. Eine Einführung in die Kunst gesellschaftlichen Wandels*. Frankfurt am Main: Fischer Verlage.
- Welzer, Harald & Wiegand, Klaus (2018). Entwürfe für eine Welt mit Zukunft. Vorwort der Herausgeber. In Uwe Schneidewind (2018). *Die grosse Transformation. Eine Einführung in die Kunst des gesellschaftlichen Wandels* (S. 7–8). Frankfurt am Main: Fischer Verlage.

Ehrgeizige Ziele – verschlungene Pfade. Die Agenda 2030 und was sie bedeuten könnte



Dr. Sabin Bieri
Associate Director, Centre for
Development and Environ-
ment (CDE), Universität Bern

193 Staaten unterzeichneten im September 2015 einen Katalog mit 17 Zielen für nachhaltige Entwicklung. Die Agenda 2030 ist die Nachfolgestruktur für die Millenniumskampagne, die der Armutsbekämpfung gewidmet war. Gleichzeitig integriert sie das Anliegen der UN-Umweltkonferenzen für nachhaltige Entwicklung. Das eigentlich Herausragende an der neuen Agenda ist die Tatsache, dass die 17 Nachhaltigkeitsziele universellen Charakter haben. Alle Staaten – sowohl im globalen Norden als auch im globalen Süden – stehen in der Pflicht, auf die Erreichung der Ziele, die in einem beispielhaften Bottom-up-Prozess formuliert wurden, hinzuwirken.

In diesem Beitrag geht es darum, nachhaltige Entwicklung im Sinne der Agenda 2030 zu beleuchten. Wege zur Umsetzung werden skizziert, und die Frage der Armutsbekämpfung wird unter der Perspektive der Nachhaltigkeit erörtert. Den Schluss bilden einige Denkanstösse, die durch den Global Sustainable Development Report – eine durch eine unabhängige Kommission von Expertinnen und Experten verfasste Bestandsaufnahme – inspiriert sind.

Definitorisches

Die prominenteste Definition von nachhaltiger Entwicklung entstammt dem UN-Report «Our common future», der unter dem Vorsitz von Gro Harlem Brundtland von der Weltkommission für Umwelt und Entwicklung verfasst wurde: «Nachhaltige Entwicklung ist eine Entwicklung, welche die Bedürfnisse gegenwärtiger Generationen befriedigt, ohne zu riskieren, dass künftige Generationen ihre Bedürfnisse nicht befriedigen können.» (WCED, 1987). Mit der intra- und intergenerationellen Verteilungsgerechtigkeit werden zwei zentrale Säulen der Nachhaltigkeit benannt. Die heute lebende Generation trägt die Verantwortung, die limitierten Ressourcen so zu verwenden und zu verteilen, dass menschenwürdiges Leben für gegenwärtige ebenso wie für künftige Generationen möglich sein wird. Darüber, was Bedürfnisse sind, welche Bedürfnisse in die Formel Eingang finden sollen und ob der Mensch einzig bedürfnisgesteuert sei, entspinnen sich Debatten in der Wissenschaft und in der Politik. Felix Ekardt (2017) spricht nicht von Bedürfnissen, sondern von «Lebensstil» oder «Wirtschaftsweise», die «dauerhaft und raumübergreifend» sein sollen (S. 17). Seine Vision nachhaltiger Entwicklung geht über die Aushandlung von Bedürfnissen hinaus und umfasst eine erweiterte Perspektive nachhaltigen Lebens. Beide Definitionen beziehen sich jedoch eher auf einen zu erreichenden Zustand als auf den Prozess, der dorthin führt. Diesen betont die Definition des Centre for Development and Environment CDE an der Universität Bern: «We conceive of sustainable development as a creative process, guided by justice, of shaping social-ecological relations in and between different contexts, while taking account of continuously negotiated sustainability values in the social, economic, and environmental dimensions.» (CDE, 2017, S. 7). Während die Verhandlungskomponente hervorgehoben wird, fordert diese Definition den unbedingten Bezug auf Gerechtigkeit und gibt damit das Leitthema für den vorliegenden Beitrag vor: Nachhaltigkeit kann nicht auf Kosten benachteiligter Bevölkerungsgruppen und von der Globalisierung abgedrängter Weltregionen angestrebt werden. Gerade in den wohlhabenden Industriestaaten entwickelt sich der «nachhaltige Lebensstil» zu einem Distinktionsmerkmal für privilegierte Schichten (Sighard Neckel, 2018). Vielmehr müssen die Bemühungen verstärkt werden, Nachhaltigkeit als soziale Problemstellung wahrzunehmen und Lösungswege mit Blick auf Inklusion und sozialen Zusammenhalt zu gestalten. Dies ist auch das Anliegen der Ökonomin Kate Raworth (2012), die mit dem «Doughnut» ein Modell zur Umsetzung von Nachhaltigkeit vorschlägt.

Planetare Grenzen auf solidem Fundament für einen sicheren und würdigen Lebensraum: der Doughnut

Die Bestimmung von planetaren Grenzen und ihre Unterlegung mit substanziellen Messgrössen, die von Biodiversitätsindikatoren über den Phosphatkreislauf, die Klimaerwärmung, die Versauerung der Ozeane bis zu der Aerosolbelastung der Atmosphäre reichen, sicherten Johan Rockström

und seinen Kolleginnen und Kollegen vom Stockholm Resilience Centre eine herausragende Position in der internationalen Nachhaltigkeitsdebatte (Johan Rockström, 2009, Will Steffen et al., 2015). Die Wirtschaftswissenschaftlerin Kate Raworth war allerdings unzufrieden mit dem Konzept des «safe operating space for humanity», den die Stockholmer Forschergruppe mittels planetarer Grenzziehung einrahmte. Raworth forderte ein soziales Fundament im Sinne eines Mindeststandards für ein menschenwürdiges Leben. Ihr Vorschlag enthält unumstrittene Grössen wie Bildung, Gesundheit und Ernährung. Sie lässt allerdings auch sensiblere Dimensionen wie Geschlechtergerechtigkeit nicht aussen vor und wirft Fragen zur politischen Partizipation, Widerstandsfähigkeit (Resilienz) oder Arbeit auf, die schwierig zu messen sind (Raworth, 2012). Am Beispiel der Geschlechtergerechtigkeit lässt sich zeigen, wie Raworth konkrete Zielsetzungen entwirft und Veränderung erfassen will. Für die Bestimmung der Geschlechtergerechtigkeit schlägt sie zwei Dimensionen vor: zum einen die Differenz in der politischen Repräsentation in nationalen Parlamenten zwischen Frauen und Männern, zum andern den Abstand im Zugang zum formellen Arbeitsmarkt zwischen beiden Geschlechtern. Der Blick auf die politische Repräsentation zeigt, dass fast alle Staaten in sämtlichen Weltregionen kontinuierlich aufgeholt haben – wenn auch auf tiefem Niveau. In den OECD-Staaten pendelt sich die Zahl bei knapp 25 Prozent aller Sitze ein. Interessant ist der Blick auf die Staaten des ehemaligen Ostblocks, nach dessen Niedergang der Frauenanteil in den Parlamenten einen dramatischen Einbruch erlebte, um sich dann auf dem bescheidenen Niveau der restlichen Welt einzupendeln. Dies – ebenso wie die regelmässige Top-Position von Ruanda im vom World Economic Forum erhobenen Gender-Gap-Index – legt die Vermutung nahe, dass der Frauenanteil in Parlamenten, die wenig Einfluss auf die nationale Politik haben, tendenziell höher ist als in demokratisch legitimierten Strukturen (WEF, 2019; Weltbank, 2013). Eine allgemeinere Konsequenz ist die, dass die zahlenmässige Vertretung von Frauen in nationalen Räten keine Schlussfolgerung über ihren effektiven Einfluss auf die wichtigen Staatsgeschäfte und die Politik generell zulässt.

Das Beispiel zeigt, wie komplex die Bestimmung und Auswahl von sinnvollen Dimensionen für die Messbarkeit von Nachhaltigkeitszielen ist. Diese Komplexität ist auch im Zusammenhang mit den Zielen der Agenda 2030 eine Herausforderung.

Annäherung an die Agenda 2030

Mit 17 Zielen, 169 Unterzielen und 230 Indikatoren zur Messung der Veränderung ist die Agenda 2030 unbestritten ein ehrgeiziges Projekt. Sie ist die Nachfolgearchitektur der Millenniumskampagne, die mit acht Zielen viel schlanker daherkam. Unter den fünf Dimensionen «people», «prosperity», «peace», «partnership» und «planet» sind die SDGs ein weitreichender Kompass zur Steuerung der globalen Entwicklung. Die umfassende Form der Agenda 2030 deutet weniger auf Beliebigkeit und Mangel an Fokus, als auf den beispiellos partizipativen Prozess, der zum Katalog geführt hatte. Während die Millenniumsziele eine von westlichen Industriestaaten dominierte Agenda für die so genannten Entwicklungsländer darstellten, verkörpern die 17 Nachhaltigkeitsziele eine globale Initiative, die jedes Land in die Pflicht nimmt. Auch Industriestaaten, die gewohnheitsmässig bei Vergleichen zur Entwicklung auf den vorderen Rängen platziert sind, werden zu Entwicklungsländern, weil ihre Errungenschaften in der Nachhaltigkeit bescheiden sind. In einer Bewertung durch die SDG Index and Dashboard Initiative schneidet die Schweiz zwar mit dem achten Rang gut ab. Sie erreicht aber den geforderten Wert nur bei zwei von 17 Zielen (Armut, Energie) und weist hohe Defizite auf, namentlich im Bereich Konsum/Produktion. Hier wird deutlich, dass der Schweizer Wohlstand zu wesentlichen Teilen auf Kosten anderer Länder erreicht wird.

Die Millenniumsentwicklungsziele (MDGs) wurden kritisiert, weil sie angeblich zu wenig ambitioniert waren und lediglich so genannte «low-hanging fruits» anstrebten – also einfache zu erreichende Ziele, die öffentlich kaum umstritten sind. Die Agenda 2030 will höher hinaus und greift politisch sensible Themen auf – etwa die Frage der globalen Ungleichheit. Das Ziel Nummer 10 war denn auch bis zum Schluss der Verhandlungen äusserst umstritten. Wer die einzelnen Unterziele im Detail liest, erkennt durchaus radikale Ansätze. Das Ziel Nummer 5 – Gleichstellung der Geschlechter – enthält nicht nur die unbestrittenen Bildungs- und Gesundheitsziele, sondern benennt auch empfindliche Themen wie reproduktive Gesundheit und Rechte. Angesichts der Tatsache, dass 2017 750 Millionen Mädchen unter 18 Jahren verheiratet und mindestens 200

Millionen eine Genitalbeschneidung erlitten, ist es konsequent, dass das Ziel zur Geschlechtergerechtigkeit bei den SDGs kulturell besetzte Praktiken einschliesst. Die Agenda enthält auch konventionelle Entwicklungsziele – etwa zu Wirtschaftswachstum – und damit auch gewisse Widersprüche. Die Gefahr besteht, dass die Länder sich einzelne Ziele und Unterziele herauspicken, dort, wo sie die Chance sehen, sich zu profilieren. Die Verknüpfung der Ziele ist jedoch eines der Hauptanliegen der Agenda. Es gilt etwa, die Umweltkosten und Verteilungsfragen mitzudenken, wenn eine produktivere Landwirtschaft zur Verbesserung der globalen Ernährungssituation gefordert wird. Angesichts der enormen Veränderungen, die eine Transformation zur nachhaltigen Entwicklung bedeutet, stellt sich die Frage, ob die Erreichung eines globalen Wohlstandsziels und von Nachhaltigkeit überhaupt vereinbar sind.

Armutsbekämpfung und nachhaltige Entwicklung: ein Widerspruch?

Vergleicht man die Positionen aller Länder gemessen an ihrem Entwicklungsstand (Human Development Index) und an ihrem ökologischen Fussabdruck, so steht kein einziges Land im Zielbereich der Nachhaltigkeit. Es scheint eine Gesetzmässigkeit zu sein, dass der Fortschritt der menschlichen Entwicklung an einen hohen Ressourcenverbrauch gekoppelt ist. Wie kann unter dieser Bedingung der Wohlstand der ärmsten Länder verbessert werden, ohne die Ziele der Nachhaltigkeit aufzugeben? Die wissenschaftliche Debatte kreist um eine kombinierte Strategie aus folgenden Komponenten:

1. Veränderung der CO₂-intensiven Lebensstile – also hauptsächlich der Länder des globalen Nordens. Im Zentrum stehen einschneidende Veränderungen der Konsum- und Produktionsweisen wie etwa Kreislaufwirtschaft, Teilen statt Besitzen und eine massive Reduktion des Verbrauchs (Konsistenz und Suffizienz).
2. Technologiegesteuerte Möglichkeiten der ressourceneffizienten Produktion sollen vorangetrieben und besser genutzt werden. Dazu gehören Energieeffizienz, erneuerbare Energien und die Verwendung von neuen Materialien etwa beim Bauen (Effizienz).
3. Nachholbedarf der ärmsten Bevölkerungssegmente auf ein Niveau anheben, das sicherstellt, dass ein würdevolles und sicheres Leben gewährleistet ist, da dies den globalen Ressourcenverbrauch nur unwesentlich erhöhen wird.

Indira Gandhi, damals Indiens Premierministerin, verwies schon an der ersten UN-Umweltkonferenz in Stockholm 1972 auf den engen Zusammenhang von Armut und Umweltverschmutzung. Sie erkannte in der Ausbeutung von Mensch und Umwelt die gleiche Ursache und forderte ein grundlegendes Umdenken (Ulrich Grober, 2010). Dieses Umdenken reflektiert sich in der Idee eines Zielkorridors von jährlich zwei bis drei Tonnen CO₂-Emissionen pro Kopf – die klimaverträgliche Grössenordnung. Die unterversorgten Lebensstile erhalten zusätzliche Verbrauchskontingente, während die ressourcenintensiven Lebensstile ausgehend von den heutigen Werten (pro Kopf 14,5 t in den USA, 8,8 t in Deutschland, 4,5 t in der Schweiz) verringert werden (Niko Paech, 2012). Angesichts dieser Zielgrösse drängt sich die Frage auf, ob nachhaltige Entwicklung die Senkung unseres Lebensstandards zur Folge hat.

Bedeutet nachhaltige Entwicklung eine Senkung unseres Lebensstandards?

Die Schweiz hat ihre Emissionen in den letzten 20 Jahren um rund zehn Prozent gesenkt. Damit sind jedoch nur die Emissionen im Inland angesprochen. Der «ökologische Rucksack» – also der Anteil an Emissionen, die ins Ausland abgedrängt wurden, weil wir Güter aus umweltschädlicher Produktion vermehrt importieren – ist im selben Zeitraum gewachsen. Aus der Perspektive der Agenda 2030 ist die Schweiz demnach gefordert, ihre Bilanz auch unter Einbezug dieser Grösse zu verbessern. Die grossen Veränderungen im globalen Ressourcenverbrauch müssen von den grossen Verbrauchenden ausgehen – die Schweiz gehört dazu. Die westlichen Industriestaaten verursachen den Löwenanteil der Belastung: 50 Prozent des globalen CO₂-Ausstosses stammt von elf Prozent der Bevölkerung. 26 Personen besitzen gleich viel Wohlstand wie die Hälfte der ärmsten Bevölkerungsgruppen. Und 33 Prozent des globalen Stickstoffbudgets fliesst in die Fleischproduktion der EU-Bevölkerung, die gerade einmal sieben Prozent der Weltbevölkerung umfasst.

Einige Illustrationen von Kate Raworth (2012) vermögen aber auch zu zeigen, dass die Verbesserung der Situation der ärmsten Bevölkerungsschichten mittels verhältnismässig kleiner Massnahmen erreicht werden kann: Sie hat errechnet, dass die Kalorien, die die 13 Prozent der Hungerleidenden von ihrer Not befreien, lediglich ein Prozent des globalen Nahrungsmittelbestandes umfassen. Wenn der Fleischkonsum der reichen Länder auf dem Niveau des Jahres 2000 eingefroren würde – bei jährlich 37.5 kg pro Kopf – könnten 400 Millionen Tonnen Getreide für menschliche Ernährung freigesetzt und damit 1.2 Milliarden Menschen mit ausreichend Kalorien versorgt werden. Dies geht aus der Arbeit von Olivier de Schutter (2009), ehemaliger UN-Sonderbeauftragter für das Recht auf Nahrung, hervor. Elektrizität für die 19 Prozent der Weltbevölkerung, die keinen Zugang dazu haben, erfordern weniger als ein Prozent Zunahme des globalen CO₂-Ausstosses. Und 0.2 Prozent der globalen Einkommenssumme kostet es, die 21 Prozent der Weltbevölkerung, die unter 1.9 Dollar pro Tag zur Verfügung haben, über diese Schwelle zu heben. Es sind also kleine Schritte, die das Elend der Ärmsten beheben könnten.

Die Sorge um unseren Lebensstandard lässt sich auch durch eine Diskussion um das eigentliche Konzept angehen. In der öffentlichen Debatte wird Lebensstandard mit Wirtschaftswachstum gleichgesetzt. Die Frage, ob immer mehr auch immer besser heisst, wird selten gestellt. Entsprechend sind auch die Instrumente, die den Zustand unseres Lebensstandards messen, einseitig auf wirtschaftlich-monetäre Grössen ausgerichtet. Initiativen wie der Global Happiness Index (GHI) sind Ansätze, die diese Einseitigkeit aufmischen. Im GHI wird das Einkommen zwar einbezogen; andere wichtige Faktoren sind aber auch soziale Unterstützung, Gesundheit und Lebenserwartung, die Freiheit, eine eigene Wahl zu treffen, die Wahrnehmung von Korruption oder die Haltung zu Grosszügigkeit. Die üblichen Verdächtigen – Finnland, die Niederlande, Norwegen oder auf dem fünften Rang die Schweiz – sind zwar weiterhin auf den vordersten Rängen vertreten. Auffällig ist aber, dass ein Land wie Costa Rica unter den ersten 20 auftaucht und Mexiko, Chile oder Tschechien weit vor reichen Ländern wie Singapur oder Saudi-Arabien erscheinen (World Happiness Report, 2018). Die Diskussion um den Lebensstandard und seine Faktoren in postindustriellen Gesellschaften muss neu entfacht werden. Dies eröffnet auch die Chance auf alternative Ideen, um Veränderungen anzustossen. Diesen Veränderungen ist der unabhängige wissenschaftliche Begleitbericht im Auftrag der Vereinten Nationen auf der Spur.

Der Global Sustainable Development Report (GSDR)

2015 beauftragte der damalige UNO-Generalsekretär Ban Ki-Moon ein Gremium von unabhängigen Forscherinnen und Forschern, die Umsetzung der Agenda 2030 wissenschaftlich zu begleiten und nach vier Jahren eine erste Empfehlung an die Unterzeichnerstaaten abzugeben. Der Bericht soll die Regierungen darin unterstützen, politische Massnahmen zur Umsetzung der Agenda umzusetzen. Im derzeit vorliegenden Entwurf sind thematische Schwerpunkte gesetzt – etwa Ernährung und Landwirtschaft, Urbanisierung, Energie und Dekarbonisierung oder nachhaltige Wirtschaft. Der Bericht widmet sich zudem ausführlich der Rolle der Wissenschaft. Das Team von Autorinnen und Autoren ist überzeugt, dass wirkliche Transformation – und darum geht es der Agenda 2030 – nur über starke Partnerschaften zwischen Wissenschaft, Gesellschaft und Politik gelingen kann. Hierfür muss sich aber namentlich die Wissenschaft neu aufstellen, wobei der Heilige Gral der Forschungsfreiheit erweitert werden dürfte. Ziel wäre es, nicht ausschliesslich Forschung um der wissenschaftlichen Erkenntnis Willen zu betreiben, sondern auch gezielt Beiträge einzufordern, die Wege aufzeigen, wie die 17 Nachhaltigkeitsziele erreicht werden könnten. Ein hohes Potenzial hierfür haben namentlich transdisziplinäre Initiativen – also die enge Zusammenarbeit zwischen wissenschaftlichem und nicht-wissenschaftlichem Erkenntnisgewinn. Im Juli 2019 soll der Bericht am High Level Political Forum der UN in New York diskutiert werden.

Denkanstösse

Die Agenda 2030 ist ein Kompass, der die Richtung hin zu einem sicheren und würdigen Lebensraum für alle Menschen – unabhängig von der Region, in der sie geboren werden, oder von der sozialen Schicht, zu der sie gehören – weist. Die Ziele sind gut abgestützt und umfassen ein breites Themenspektrum. Der Weg zu diesen Zielen ist allerdings nicht vorgespurt. Hier braucht es einen klug organisierten gesellschaftspolitischen Verhandlungsprozess. Es liegt an den politi-

schen Entscheidungsträgern/-innen, den Raum zu schaffen, damit diese Debatte mit breiter gesellschaftlicher Teilhabe und unter Einbezug lokaler, kontextueller Faktoren geführt werden kann. Mutige Schritte wie die Diskussion über traditionelle Sektorgrenzen hinweg in der Politik und der Verwaltung sind angezeigt.

In der gegenwärtigen politischen Grosswetterlage gibt es hierbei einige Hürden zu überwinden. Die Haltung des «my country first» wird eine transparente Verhandlung der Zielkonflikte, die im Rahmen der Nachhaltigkeitspolitik entstehen, erschweren. Die Agenda funktioniert nur, wenn das Verständnis dafür geschaffen wird, dass die Probleme der Nachhaltigkeit über Länder und Regionen hinweg wirken und wir in der global vernetzten Welt über die Landesgrenzen hinaus Verantwortung übernehmen müssen. Zudem zeigt sich an politischen Protestbewegungen der letzten Monate, dass Massnahmen für die Umwelt gemeinsam getragen werden müssen. Werden die Kosten und die wahrgenommenen Einschränkungen ausschliesslich auf die Schultern der sozial weniger privilegierten Schichten verteilt, sind tragfähige Lösungen zum Scheitern verurteilt. Stattdessen kann die Agenda einen Anreiz für neue Partnerschaften zwischen Forschung, Politik und Zivilgesellschaft setzen. Gemeinsam können neue Stossrichtungen und Ideen abseits der ausgetretenen Pfade entstehen. Aus diesen Partnerschaften wächst gleichzeitig die gesellschaftliche Zustimmungsfähigkeit für ernsthafte, neue und transformative Projekte und es eröffnen sich aufregende Handlungsperspektiven.

Quellen

- CDE (2017). *Strategy 2018–2021*. Gefunden unter http://www.cde.unibe.ch/unibe/portal/fak_naturwis/g_dept_kzen/b_cde/content/e65019/e580489/e580498/e580493/CDE_Strategy_2016-2021_eng.pdf
- De Schutter, Olivier (2009). *The meatification of diets and global food security*. Gefunden unter http://www.europarl.europa.eu/climatechange/doc/speeche_Mr_de_schutter.pdf
- Ekardt, Felix (2017). *Wir können uns ändern. Gesellschaftlicher Wandel jenseits von Kapitalismuskritik und Revolution*. München: Oekom Verlag.
- Grober, Ulrich (2010). *Die Entdeckung der Nachhaltigkeit. Kulturgeschichte eines Begriffs*. München: Kunstmann.
- Neckel, Sighard; Besedovsky, Natalia; Boddenberg, Moritz; Hasenfratz, Martina; Pritz, Sarah Miriam et al. (Hrsg.). (2018). *Die Gesellschaft der Nachhaltigkeit. Umriss eines Forschungsprogramms*. Bielefeld: transcript.
- Paech, Niko (2012). *Befreiung aus dem Überfluss. Auf dem Weg in die Postwachstumsökonomie*. München: Oekom Verlag.
- Raworth, Kate (2012). A safe and just space for humanity: can we live within the doughnut? *Oxfam Discussion Papers*. Gefunden unter https://www-cdn.oxfam.org/s3fs-public/file_attachments/dp-a-safe-and-just-space-for-humanity-130212-en_5.pdf
- Rockström, Johan (2009). Planetary Boundaries: Exploring the Safe Operating Space for Humanity. *Ecology and Society*, 14(2), 32.
- Steffen, Will; Richardson, Katherine; Rockström, Johan; Cornell, Sarah E.; Fetzer, Ingo et al. (2015). Planetary Boundaries: Guiding Human Development on a Changing Planet. *Science*, 347(6223), p. 736–746.
- WCED (1987). *Our common future*. Gefunden unter <http://www.un-documents.net/our-common-future.pdf>
- WEF (2018). *The global gender gap report*. Gefunden unter <https://www.weforum.org/reports/the-global-gender-gap-report-2018>
- Weltbank (2018). *Proportion of seats held by women in national parliaments*. Gefunden unter <https://data.worldbank.org/indicator/SG.GEN.PARL.ZS?locations=RU>

Weblinks

- SDG Index and Dashboards: <http://www.sdgindex.org/>
- World Happiness Report 2018: <http://worldhappiness.report/ed/2018/>

Die Agenda 2030 fordert die Schweiz



Marianne Hochuli
Leiterin des Bereichs
Grundlagen und Mitglied
der Geschäftsleitung
Caritas Schweiz
Mitglied der Begleitgruppe
Agenda 2030 des Bundes

Die Agenda 2030 für eine nachhaltige Entwicklung ist dem wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Ausgleich verpflichtet. Dies sagt sich leicht daher. Dahinter verbirgt sich jedoch ein grosses Spannungsfeld. Was kurzfristig wirtschaftlich gewinnbringend erscheint, geht oft auf Kosten der Umwelt oder einer sozialen Entwicklung. Betrachtet man etwa die Auswirkungen der Digitalisierung, so zeigt sich: Neben vielen Vorteilen und Effizienzgewinnen steigt die Anzahl flexibler und unregelter Arbeitsverhältnisse an. So anerkennt der Fahrdienstvermittler seine Taxifahrer/innen nicht als Angestellte, sondern beschäftigt sie als selbstständig Erwerbende, um den Sozialabgaben zu entkommen. Immer wieder werden Beispiele bekannt, wo Schweizer Konzerne, insbesondere im Rohstoffbereich, in die Verletzung von Menschenrechten oder Umweltstandards verwickelt sind. Von den saftigen Gewinnen hingegen profitieren ausschliesslich die Unternehmen selbst sowie die Elite in den jeweiligen Ländern. Solche Missstände verlangen neue Regeln: Wie soll der Rohstoffabbau und -handel reguliert werden oder was braucht es, um die Arbeitsverhältnisse fair und gesundheitsverträglich zu gestalten und die Umwelt nicht zu belasten?

Die Schweiz hat sich verpflichtet

Zusammen mit über 190 UNO-Mitgliedstaaten hat sich die Schweiz im Jahr 2015 dazu bekannt, ihre Politik künftig mit der Agenda 2030 für eine nachhaltige Entwicklung in Einklang zu bringen. Das heisst, unsere Politik muss dazu beitragen, mehr globale Gerechtigkeit und menschenwürdige Lebensbedingungen zu schaffen und gleichzeitig die Belastung des globalen Ökosystems zu vermindern. Die Agenda 2030 legt einen Rahmen mit 17 Hauptzielen und 169 Unterzielen fest. Bei dieser grossen Anzahl von Zielen besteht jedoch die Gefahr, dass die Ziele abstrakt und die Umsetzung unverbindlich bleiben. Die Umsetzung der Agenda beginnt deshalb mit deren Konkretisierung.

Bereits sind vier Jahre seit der Unterzeichnung der Agenda 2030 vergangen. Dennoch zeigt die Erfahrung von Caritas, dass sehr wenige Menschen die 17 Ziele für eine nachhaltige Entwicklung kennen. Der Bundesrat hat es von Anfang an verpasst, in wichtigen Situationen darüber zu informieren und die Umsetzung voranzutreiben. Auch das eidgenössische Parlament ist wenig informiert. In den Kantonen und Gemeinden sind die Kenntnisse sehr unterschiedlich. Dies verdeutlicht ein Grundsatzproblem: Ein internationales Abkommen wie die Agenda 2030 wird von engagierten Expertinnen und Experten ausgehandelt, die Errungenschaften werden jedoch von den politisch Verantwortlichen nicht genügend bekannt gemacht und vorangetrieben, beispielsweise verfügen die wenigsten Kantone über Strategien zur Umsetzung. Deshalb blieb die Agenda 2030 auch lange Zeit eine «Bundessache». Caritas forderte vom Gesamtbundesrat von Beginn weg, dass er die Ziele für eine nachhaltige Entwicklung einer breiten Öffentlichkeit bekannt machen und sie als zentrales politisches Anliegen behandeln sollte.

Als ersten wichtigen Schritt erarbeitete die Schweiz unter der Federführung des Bundesamts für Raumentwicklung (ARE) und der Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (DEZA) eine Bestandesaufnahme. Diese sollte feststellen, wo die Schweiz bereits Anstrengungen unternimmt, um die Ziele zu erfüllen, und wo Lücken vorhanden sind. Die Schweiz hatte sich zudem verpflichtet, die Ergebnisse dieser Bestandesaufnahme zu einem Länderbericht der Schweiz über die Umsetzung der Agenda 2030 zu verarbeiten und im Juli 2018 im Rahmen des Hochrangigen Politischen Forums für Nachhaltige Entwicklung (HLPF) auf UNO-Ebene zu präsentieren. In den einzelnen Bundesämtern fand dazu eine breite Vernehmlassung statt. Auch die Zivilgesellschaft wurde mit Workshops und einer Online-Umfrage einbezogen. Dabei stellte sich die Herausforderung, nicht in den eigenen Gärten wie Umwelt, Soziales oder der Wirtschaft zu verharren, sondern die Themen und Ziele übergreifend anzugehen. Die herausfordernde Aufgabe, solche Schnittstellen zu benennen, wurde denn auch an die Zivilgesellschaft delegiert. Auf Bundesebene wurde in der Folge ein ausführlicher und informativer Bericht erarbeitet, der auch einige Heraus-

forderungen benannte. Leider ordnete der neue Aussenminister an, den offiziellen Schweizer Länderbericht auf 20 Seiten zu reduzieren und jegliche Herausforderungen zu streichen. Diese Vorgehensweise erntete grossen Protest. Die Zivilgesellschaft, die bereits zwei Jahre zuvor die «Plattform Agenda 2030» gebildet hatte, wandte sich an die Medien. Es durfte nicht sein, dass die Schweiz sich den Herausforderungen nicht stellt und die Bestandesaufnahme der Schweiz zur Agenda 2030 in der Schublade verschwinden lässt. Als Resultat kann nun die längere Version auf der Webseite des Eidgenössischen Departements für auswärtige Angelegenheiten (EDA) nachgelesen werden (siehe untenstehende Links). In New York jedoch stellte Bundesrätin Doris Leuthard vor der UNO lediglich die Kurzfassung vor. Sie vermied es, auf brennende soziale Fragen einzugehen. Dafür hatte die zivilgesellschaftliche «Plattform Agenda 2030» inzwischen den eigenen Bericht «Wie nachhaltig ist die Schweiz?» erarbeitet.

Für mehr Kohärenz in der Schweizer Politik

Für die Schweiz als reiches und global vernetztes Land stellen sich im Zuge der Umsetzung der Agenda 2030 wichtige Fragen nach der «Weltverträglichkeit» unserer Politik. Welches sind die weltweiten Auswirkungen unseres Tuns? Wie wirken sich unsere Politiken insbesondere auf südliche Länder und deren armutsbetroffene Bevölkerung aus? Lassen zum Beispiel die Handels- und Investitionsabkommen, die wir mit ihnen abschliessen, den Ländern genügend Handlungsspielraum, um eine eigene angemessene Nachhaltigkeitspolitik zu entwickeln? Welche Regeln braucht es, um zu verhindern, dass reiche Eliten aus ärmeren Ländern ihre Finanzen auf Schweizer Konten deponieren? Wie können Schweizer Unternehmen zu Umwelt- und Sozialstandards verpflichtet werden? Und wie wirkt sich unser Konsum aus? Der Konsum von Fleisch, unser Wasserverbrauch, die Anzahl von Kleidern und Handys, unsere Art des Reisens? Wie können wir den CO₂-Ausstoss, der hauptverantwortlich für den Klimawandel ist und unter dem die Bevölkerung in den ärmsten Ländern am meisten leidet, drastisch senken?

Armut in der Schweiz bekämpfen

Die Agenda 2030 richtet den Blick sowohl nach aussen auf eine gemeinsame Welt als auch auf die Verhältnisse innerhalb der einzelnen Länder. Die Ziele für eine nachhaltige Entwicklung müssen also auch im Inland erfüllt werden. Mit der Verpflichtung zur Agenda 2030 hat sich die Schweiz dazu bekannt, die Politikfelder auf eidgenössischer ebenso wie auf kantonaler und kommunaler Ebene zu überprüfen, Defizite zu identifizieren und konkrete Massnahmen festzulegen. Für die Schweiz hat beispielsweise das erste Ziel eine grosse Bedeutung: Es fordert, die Armut in all ihren Formen und überall zu beenden. 615'000 Menschen sind in der Schweiz von Armut betroffen und über eine Million Menschen sind von Armut bedroht. Betroffen sind vor allem Kinder und Jugendliche, Menschen ohne Ausbildung oder Alleinerziehende. Hinter der prekären Armutssituation verbergen sich strukturelle Probleme wie wirtschaftliche und technologische Entwicklungen, die nicht mehr allen Menschen einen Arbeitsplatz zusichern, unterschiedlicher Zugang zu Bildung je nach Herkunft oder eine schlechte Vereinbarung von Beruf und Familie. Hinter Letzterem versteckt sich die weit verbreitete Idee, Familie sei Privatsache und es sei deshalb keine Staatsaufgabe, Betreuungsangebote zur Verfügung zu stellen. Leider hat die Schweiz es bis anhin verpasst, sich ein konkretes Ziel zur Armutsreduktion zu setzen und eine verbindliche Armutsbekämpfungsstrategie zu entwickeln. Im Laufe des Jahres 2019 wird die Schweiz die sechste Strategie für eine nachhaltige Entwicklung erarbeiten. Der Zivilgesellschaft kommt die bedeutende Rolle zu, dafür zu sorgen, dass die Umsetzung der Agenda 2030 für eine nachhaltige Entwicklung verbindlich vorankommt.

Forderungen der Caritas für die Umsetzung der Agenda 2030

Bereits 2015 richtete Caritas die nachfolgenden Forderungen an den Bundesrat. Sie machen deutlich, dass zuerst die finanziellen, politischen, strukturellen und institutionellen Voraussetzungen geschaffen werden müssen, um die Agenda 2030 mit ihren Zielen in der Öffentlichkeit, Politik und Verwaltung zu verankern.

1. Die Ziele für nachhaltige Entwicklung bekannt machen
2. Die Ziele für nachhaltige Entwicklung verbindlich umsetzen
3. Legislaturplanung und Jahresziele des Bundesrats mit der Agenda 2030 abgleichen
4. Ein Büro für die Agenda 2030 einrichten
5. Eine ständige Agenda-2030-Kommission ernennen
6. Finanzierung sichern, mehr Mittel bereitstellen
7. Kantone und Gemeinden einbinden
8. Eine SDG-Verträglichkeitsprüfung einführen

Weblinks

<https://plattformagenda2030.ch/>

https://www.eda.admin.ch/dam/agenda2030/de/documents/laenderbericht-der-schweiz-2018_DE.pdf

https://www.eda.admin.ch/dam/agenda2030/de/documents/agenda2030-grundlage-laenderbericht-bestandesaufnahme-schweiz-2018_DE.pdf

<https://www.eda.admin.ch/agenda2030/de/home/berichterstattung/nationale-berichterstattung.html/eda/de/meta/news/2018/7/17/71631.html>

Lokale Agenda 21 – Beteiligung für eine nachhaltige Grätzentwicklung



Andrea Binder-Zehetner
Geschäftsführerin des Vereins
Lokale Agenda 21 in Wien

Ziel der Lokalen Agenda 21 (LA21) ist, Bürgerinnen und Bürger an der nachhaltigen Stadtentwicklung zu beteiligen. Als Expertinnen und Experten ihres Stadtteils (der Wiener Ausdruck dafür ist Grätzl) sollen sie ihre Ideen für mehr Nachhaltigkeit einbringen und diese gemeinsam mit der Stadtverwaltung und der Bezirkspolitik umsetzen.

Wien hat 23 Bezirke, deren politische Vertretung gemeinsam mit den Gemeinderatswahlen alle fünf Jahre gewählt wird. Aufgrund der Dezentralisierung von Aufgaben und Budgets ist der Bezirk für viele Themen, die das Lebensumfeld der Bürger/innen betreffen, zuständig. Diese lokale Ebene ist daher der richtige Ort, um den Dialog zwischen Bürgern/-innen, Verwaltung und Politik zu organisieren. Die Bezirke verfügen aber über keine eigene Verwaltung. Die Umsetzung ihrer Aufgaben erfolgt mit Hilfe der zuständigen Abteilungen der Stadtverwaltung, die dementsprechend regionale Zuständigkeitsbereiche aufweisen.

Lokale Agenda 21 auf Bezirksebene

1998 startete ein Pilotversuch im 9. Wiener Gemeindebezirk (Alsergrund). Treibende Kraft war ein Bottom-up-Beteiligungsansatz d. h. das Empowerment der Bevölkerung, damit sie sich mitgestaltend in die Bezirksentwicklung einbringen kann. Konzepte der Gemeinwesenarbeit wurden mit den Zielen der Lokalen Agenda 21 verknüpft. Die Lokale Agenda 21 (Charta von Aalborg, 1994, Aalborg Commitments, 2006) verpflichtet Städte und Gemeinden zu einer strategischen Rolle bei der Stadtentwicklung im Hinblick auf ökologische, soziale, wirtschaftliche, gesundheitliche und kulturelle Aspekte.

Von Beginn weg war klar, dass Prozesse, die Projekte von der Ideenphase bis zur Umsetzung umfassen und verschiedene Akteurinnen und Akteure aus unterschiedlichen gesellschaftlichen Funktionsbereichen einbeziehen, einige Zeit benötigen. Daher wurde die Dauer eines Agenda-Prozesses mit vier Jahren angesetzt. Ein weiterer Vorteil längerfristiger Prozesse ist, dass das Vertrauen zwischen Bevölkerung, Verwaltung und Politik zunimmt, vor allem wenn sich Erfolge der gemeinsamen Arbeit einstellen bzw. klarer wird, wie die Partner/innen in verschiedenen Situationen agieren. Daher konnten mit der Zeit auch komplexere Projekte in Angriff genommen werden.

Nach vier Jahren Pilotphase wurde ein Finanzierungsmodell erarbeitet, das den Wiener Bezirken die Möglichkeit gibt, sich für einen LA21-Prozess zu bewerben.

Zur Unterstützung der Akteure/-innen und ihrer Kooperation gibt es für jeden bezirksbezogenen Agenda-Prozess ein «Agenda-Büro». Ohne diesen intermediären Akteur wäre eine erfolgreiche Umsetzung der Lokalen Agenda 21 nicht möglich. Das Agendabüro wird zumeist aus einer Arbeitsgemeinschaft von Unternehmen aus dem Bereich der Stadt-, Verkehrs- und Umweltpolitik organisiert und verfügt über ein interdisziplinäres Team. In diesem Team sind Kompetenzen gefragt, wie sie im Bereich Soziokultur an der Hochschule Luzern – Soziale Arbeit gelehrt werden. Die Mitarbeitenden des Agendabüros arbeiten aber nicht ausschliesslich dafür, sondern sind in ihren Unternehmen auch für andere Projekte zuständig.

Jeder Lokale-Agenda-21-Prozess kostet jährlich 108'000 Euro brutto. Dies umfasst die Personalkosten des Agendabüros und kleinere Sachkostenbeträge, die vor allem für die Öffentlichkeitsarbeit anfallen. Die Finanzierung dieses Betrages erfolgt zu 50 Prozent aus dem Bezirksbudget und zu 50 Prozent aus dem Stadtbudget. Die Auszahlung der Mittel übernimmt der Verein Lokale Agenda 21, der auf Basis eines Gemeinderatsbeschlusses eine Subvention zu diesem Zweck erhält. Ein derartiger Gemeinderatsbeschluss gilt für einen bestimmten Zeitraum, z. B. für fünf Jahre. Er legt den jährlich zulässigen Maximalbetrag für einen Bezirk fest sowie das Verhältnis zwischen Bezirks- und Stadtmitteln. Zudem wird die maximale Zahl der Bezirke, die parallel laufen dürfen, bestimmt. Aus budgetären Gründen ist es nicht möglich, dass in allen Wiener Bezirken zeitgleich LA21-Prozesse laufen. Zudem muss jeder Bezirk das Budget für die LA21 politisch

beschlossen und dafür braucht es zumindest eine Mehrheit in der Bezirksvertretung, die nicht immer vorhanden ist. Die Aufträge für Unternehmen zur Umsetzung eines Agendabüros (Prozessmanagement) werden per europaweiter Ausschreibung vergeben. Derzeit (Januar 2019) laufen zehn Agenda-Prozesse in Wien.

In der neuen Agenda 2030 findet dieser Ansatz der Lokalen Agenda 21 seine Entsprechung im Ziel 16. Das Teilziel 16.7 sagt aus, dass die Entscheidungsfindung auf allen Ebenen bedarfsorientiert, inklusiv, partizipatorisch und repräsentativ erfolgen soll.

Die Bevölkerungsbeteiligung der Lokalen Agenda 21 zeichnet aus, dass

- sie unterschiedliche Formate bietet, damit die Bürger/innen entsprechend ihrer Möglichkeiten teilnehmen können,
- sie frühzeitig, also in der Ideenphase beginnt,
- sie dialog- und verhandlungsorientiert ist und Entscheidungen der Bezirkspolitik vorbereitet.

Neben der Selbstauswahl der Bevölkerung, sich in der LA21 Wien zu engagieren, versucht die LA21 Wien vermehrt Bürgerinnen und Bürger nach dem Zufallsprinzip für die Lokale Agenda 21 zu gewinnen. Das dafür verwendete Format ist der Bürger/innenrat, bei dem zwölf bis 16 Personen eineinhalb Tage lang zu einer herausfordernden Fragestellung diskutieren. Deren Formulierung beginnt immer mit «Wie können wir ...?». Ein Beispiel dafür ist «Wie können wir die Hitze in der Stadt bekämpfen?».

Damit ist klar, dass es um die Suche nach Lösungen für ein Problem geht und die Teilnehmenden die «Urhebenden» dieser Lösungen sind. Die zeitlich intensive Auseinandersetzung mit einer Fragestellung in einer kleinen Gruppe bringt eine Vielzahl von Lösungsvorschlägen und schafft viel Energie bei den Beteiligten, sich weiterhin zu engagieren. Am Ende der eineinhalb Tage entscheidet die Gruppe, welche Lösungen oder welches Bündel von Lösungen bei ihnen ein Aha-Erlebnis bewirkt hat. Über diese Lösungen wird in der Folge in einem Bürger/innencafé mit der Öffentlichkeit diskutiert.

Grätzloase – Bevölkerungsentagement für belebte Freiräume

Neben diesen längerfristigen Beteiligungsprozessen für eine nachhaltige Stadtentwicklung setzt der Verein Lokale Agenda 21 Wien das Programm «Grätzloase – wir verwandeln den Freiraum» um. In einer wachsenden Stadt wie Wien steigt der Bedarf, neue Aufenthaltsqualitäten für unterschiedliche Nutzengruppen zu schaffen. Gleichzeitig zeigen die Wienerinnen und Wiener zunehmend mehr Interesse an gemeinschaftlicher Nutzung städtischer Freiräume sowie an zivilgesellschaftlichem Engagement und sie identifizieren sich verstärkt mit der lokalen Wohnumgebung. Das Programm Grätzloase unterstützt sie bei einer temporären Bespielung des öffentlichen Raums. Sie erhalten für eine Aktion finanzielle Unterstützung von bis zu 4'000 Euro, werden für den Feinschliff der Projekte beraten und bei der Erlangung der notwendigen Behördengenehmigungen unterstützt.

In der Programmlaufzeit 2015 bis 2017 gingen 282 Gesuche ein. Die Jury wählte 153 davon für eine Unterstützung aus; 141 Aktionen wurden erfolgreich umgesetzt. Die Mehrheit der Projekte sind so genannte Parklets – also kleine, begrünte Aufenthaltsbereiche in der Parkspur, die den Gehsteig erweitern. Die Parklets werden von der Bevölkerung liebevoll gestaltet und schaffen auf diese Weise neue Treffpunkte in der Nachbarschaft. Weitere Aktionen sind z. B. Nachbarschaftsfeste, der Bau von Möbeln, um auf Plätzen oder breiten Gehsteigen zusätzliche Aufenthaltsräume zu schaffen, lange Tische, an denen die Nachbarschaft gemeinsam speisen kann, gemeinsames Singen oder Tanzen, eine Lichtgraffiti-Tour durch das Grätzl und noch einiges mehr.

Themen der Lokalen Agenda 21 auf Bezirksebene

Nachhaltige Stadtentwicklung ist ein sehr breites Themenfeld. Auf Bezirksebene wurden in den vergangenen Jahren vor allem folgende Themen bearbeitet: Fussgänger/innen und Radfahren fördern, Massnahmen zur Verkehrsberuhigung und mehr Aufenthaltsqualität im öffentlichen Raum. Die in der Lokalen Agenda 21 engagierte Bevölkerung greift zudem schnell neue Themen

auf wie Fassadenbegrünung, Urban Gardening, Obststadt Wien, Sprachcafés, um das gute Zusammenleben zu fördern, oder auch verschiedene Massnahmen betreffend Tauschen, Teilen und Reparieren, um die Schonung der Ressourcen zu fördern.

Multilevel Governance

Der Verein Lokale Agenda 21 organisiert mit verschiedenen Austauschformaten (Agenda-Foren, Transfergruppe mit der Stadtverwaltung) und der Teilnahme an stadtweiten Arbeitsgruppen die Verknüpfung von Programmen der Stadt mit lokalen Beteiligungsprojekten. Es geht darum, Ziele und Inhalte der städtischen Programme an die lokale Ebene zu vermitteln (Bevölkerung, Agendabüros, Bezirkspolitik) und damit inhaltliche Impulse für lokale Projekte zu geben. Zentrale städtische Programme, die für die lokale Arbeit von Bedeutung sind, sind der Stadtentwicklungsplan 2025 und die dazugehörigen Fachkonzepte wie jenes für den öffentlichen Raum oder das Fachkonzept Mobilität. Weiter sind die Smart-City-Rahmenstrategie oder auch das Programm «Bildungsgrätzl» von Bedeutung. Die Projekte der Lokalen Agenda 21 auf Bezirksebene leisten unterschiedliche Beiträge zu diesen Programmen. So sieht das Programm Bildungsgrätzl vor, dass verschiedene, in räumlicher Nähe liegende Bildungseinrichtungen (Kindergarten, Volksschule, Mittelschule, Gymnasium, Bibliothek usw.) kooperieren und gemeinsam Bildungsprojekte umsetzen, an denen die Kinder und Jugendlichen schulübergreifend teilnehmen können. In den Agenda-Bezirken übernimmt das Agendabüro die Entwicklung der Kooperationsbeziehungen und die Definition des Themas des Bildungsgrätzls. Das von der Lokalen Agenda 21 ins Leben gerufene Bildungsgrätzl in Währing (18. Bezirk) hat sich z. B. zur Aufgabe gestellt, auf vielfältige Weise Inklusion zu fördern.

Neben der Verknüpfung von städtischen Programmen mit lokalen Projekten werden jene Agenda-Gruppen, die an den gleichen Aufgabestellungen in unterschiedlichen Bezirken arbeiten, zusammengebracht. Gerade im Themenbereich Klimaschutz-Klimaanpassung macht es viel Sinn, sich das notwendige Wissen bezirksübergreifend zu erarbeiten und sich über verschiedene Aktionen für mehr Begrünung auszutauschen.

Die Beiträge der Lokalen-Agenda-21-Prozesse zur Agenda 2030 werden vor allem über die Verwendung der 17 Labels für die Agenda-Projekte hergestellt.

Aufgaben eines Agendabüros

Das Agendabüro ist die zentrale Drehscheibe des bezirksbezogenen Agenda-Prozesses. Die Mitarbeitenden überlegen sich Designs, wo und wie sie die Bevölkerung gut erreichen, und wie sie die Kooperationsbeziehungen mit Politik und Verwaltung gelingend gestalten. Um auf die Bevölkerung zuzugehen, ist – neben den schon erwähnten Bürger/innenräten – eine der bewährtesten Methoden, sich mit einer auffälligen Aktion im öffentlichen Raum zu präsentieren. Bürgerinnen und Bürger bleiben interessiert stehen und im persönlichen Gespräch können Ideen für Veränderungen im Bezirk gesammelt werden. Hilfreich sind Karten (digital wie analog), wo gewünschte Veränderungen eingetragen werden. Eine digitale Ideenwand auf der Webseite, wo Likes und Kommentare abgegeben werden, ist ebenfalls ein zielführendes Instrument, um Engagement anzuregen. Gut geeignet sind auch Ideenwettbewerbe, die digital oder in Printmedien zu Vorschlägen für ein attraktives Grätzl aufrufen. Nach einer derartigen Sammelphase erfolgt üblicherweise eine Projektschmiede, um aus den verschiedenen Ideen und Wünschen jene auszuwählen, aus denen eine Gruppe von Personen ein Projekt machen möchte.

Die Mitarbeitenden der Agendabüros sollten mehr oder weniger Alleskönnende sein, denn die notwendigen Kompetenzen sind breit: Moderation von Gruppen, Entwicklung von Prozessdesigns, Erfahrungen mit gruppenspezifischen Prozessen, Kreativität für das Aktivieren der Bevölkerung und generell in der Öffentlichkeitsarbeit, praktisches Geschick, um Utensilien zu basteln, die für die Aktionen im öffentlichen Raum notwendig sind, Kenntnisse über Abläufe in der Stadtverwaltung, Know-how in den zentralen Themen der nachhaltigen Entwicklung, Erfahrung in der Organisation von Veranstaltungen, Mediationskenntnisse usw. – wahrlich keine einfache Aufgabe.

Die Steuerungsgruppe

Das zentrale Gremium für den LA21-Prozess auf Bezirksebene ist die Steuerungsgruppe. Hier treffen sich Bezirkspolitiker/innen und Vertreter/innen aus den Agenda-Gruppen. Es werden die Hindernisse, die sich bei den Projektumsetzungen zeigen, besprochen und Lösungswege überlegt. Immer wieder gibt es Konflikte zwischen den Politikern/-innen unterschiedlicher Parteien oder auch zwischen Politik und Bevölkerung, gerade wenn es um Veränderungen im öffentlichen Raum geht. Zumeist gelingt es, diese Konflikte zu lösen; teilweise dadurch, dass es im Grätz zu Abstimmungen z. B. über den Plan für eine Begegnungszone kommt und die Politik zusagt, dass sie dem Mehrheitsvotum folgen wird. Grundsätzlich ist das Ziel, ein Projekt in der Steuerungsgruppe so gut zu verhandeln, dass eine politische Mehrheit dahintersteht und damit ein Beschluss in der Bezirksvertretung gelingt. Das ist der ideale Weg, partizipative Demokratie und repräsentative Demokratie zu verbinden.

Die Steuerungsgruppe ist zudem ein Ort, wo neue Ideen für den bezirksbezogenen LA21-Prozess aus der Diskussion zwischen Agenda-Gruppen und Bezirkspolitik entstehen, wo sich nach der Projektschmiede die Bürgerinnen und Bürger mit ihren Projekten vorstellen und als Agenda-Projekte anerkannt werden, wo der Abschluss von Projekten gefeiert und regelmässig die Entwicklung des bezirksbezogenen Agenda-Prozesses reflektiert wird.

Beteiligung im Dreieck

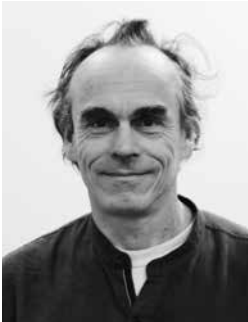
In 20 Jahren Lokale Agenda 21 hat sich die Zusammenarbeit der Akteure/-innen schrittweise verändert, da viele Bezirke die Möglichkeit nutzten, ihre Agenda-Prozesse zu verlängern. Nach dem Ablauf einer vierjährigen Phase war es aufgrund des städtischen Finanzierungsmodells möglich, weitere vier Jahre Lokale Agenda 21 anzuhängen. So wurden 2018 15 Jahre Lokale Agenda 21 in der Donaustadt (22. Bezirk) und zehn Jahre Lokale Agenda 21 in der Josefstadt (8. Bezirk) gefeiert. Mit dieser langjährigen Erfahrung entstehen Anregungen für Projekte nicht nur Bottom-up, sondern auch von Seiten der Politik oder der Verwaltung. Die Bedeutung der Steuerungsgruppe als Gremium, das Themen für den Agenda-Prozess festlegt, nahm mit der Fortdauer der Prozesse ebenfalls zu. So spricht man heute von der Beteiligung im Dreieck Politik, Bevölkerung und Verwaltung, bei der darauf geachtet wird, dass mit Hilfe des Prozessdesigns – unabhängig von der Urheberschaft der Idee – gemeinsame Projekte entstehen. Damit ist es gelungen, von einem Bottom-up-Ansatz der Beteiligung und dem Öffnen der Bezirkspolitik für die Anliegen der Bevölkerung zur Co-Produktion von nachhaltiger Bezirksentwicklung zu kommen.

Weiterführende Informationen: www.LA21wien.at, www.grätzloase.at

Quellen

- Aalborg Commitments (2006). *Die Aalborg Commitments – inspiring futures*. Gefunden unter http://www.ccre.org/docs/Aalborg03_05_deutsch.pdf
- Charta von Aalborg (1994). *Charta der Europäischen Städte und Gemeinden auf dem Weg zur Zukunftsbeständigkeit*. Gefunden unter <https://oekosiedlungen.de/downloads/dokumente/ChartaAalborg.pdf>

Warum wir raus aus der Wachstums- spirale müssen – und warum das nicht schlimm ist



Dr. Harald Klimenta
Bildungsreferent, Publizist
und Autor, Mitglied im
Wissenschaftlichen Beirat
von Attac Deutschland

Es ist das Normalste der Welt: Zu Beginn unseres Lebens wollen wir erst einmal viel wissen, mit der Zeit immer mehr. Sind wir im Berufsleben angelangt, bilden wir uns fort, und selbst als Rentnerin oder Rentner gefallen wir uns, wenn wir uns für aufwändige Hobbys fortbilden und zu Expertinnen und Experten werden. Was wir uns gar nicht vorstellen können: Dass das alles recht neu ist. Weder sind wir im Mittelalter ähnlich alt geworden noch gab es eine allgemeine Schulpflicht. Die allermeisten Menschen konnten sich weder ihren Job aussuchen noch wandelte sich ihre Arbeit im Laufe ihres Arbeitslebens. Man lebte im Generationszusammenhang, hatte seinen Platz im Leben faktisch durch seine Geburt zugewiesen bekommen und für ein besseres Leben hoffte man auf das Jenseits.

Im ausgehenden 18. und vor allem im 19. Jahrhundert entfernten die industrielle Revolution, der entstehende Kapitalismus mit seiner Kreditwirtschaft, der Kolonialismus und immer mehr Technik den Menschen aus seinen althergebrachten Abläufen. Erst seit dieser Zeit gibt es eine allgemeine Schulpflicht und fossile Brennstoffe halfen die Produktivität binnen eines Jahres so zu steigern, wie es im Mittelalter in einem Jahrhundert nicht geschah. Menschen konnten wählen: Versuche ich mein Glück in der Stadt? Oder bleibe ich auf dem Lande, wo die Bewohnerinnen und Bewohner ganzer Dörfer zusammenliefen, um zum ersten Mal in ihrem Leben einen mechanischen Dreschflegel zu bewundern? Nicht anders als 1968, als Millionen Menschen beobachteten, wie zum ersten Mal ein Mensch seinen Fuss auf den Mond setzte. Für hunderte Millionen Menschen machte – und macht – Technik das Leben einfacher, besser, vielfältiger und gesünder. Doch seit den 1970er-Jahren des 20. Jahrhunderts mehren sich die Stimmen derjenigen, die auch nach links und rechts blicken und erkennen, dass man Fortschritt nicht mit «mehr Technik» gleichsetzen kann, und dass der verschwenderische Umgang mit den Ressourcen des Planeten ziemlich böse Nebenfolgen zeigt. Dieses Bewusstsein ist in den vergangenen 50 Jahren stark gestiegen, doch die Entwicklung ist ungebrochen.

Und das ist ein Problem.

Menschen leben ein konkretes Leben im Hier und Jetzt. Umweltschützerinnen und Umweltschützer verweisen zumeist auf abstrakte Gefahren, die woanders oder später auftreten oder gegen die man aktuell nichts Konkretes unternehmen kann. Ob es sich um das Abholzen von Urwäldern, das Insektensterben, den Anstieg der mittleren Oberflächentemperatur der Erde oder Feinstaubemissionen handelt: Erstmal gilt es, noch ein Paket zur Post, die Kinder zum Sport und den Lohn nach Hause zu bringen, das Leben geht schliesslich weiter. Ausserdem hilft Technik seit zwei Jahrhunderten, Probleme zu lösen, warum sollte es dieses Mal anders sein? Nur hat Technik auch viele der gegenwärtigen Probleme hervorgebracht, warum sollte es zukünftig anders sein?

Menschen sind weder Roboter, die stur Programmen folgen, noch «Homines oeconomici», die stur ihren Nutzen maximieren. Menschen wollen dazugehören und folgen Erzählungen. Die gegenwärtige Erzählung ist in vielen Teilen sehr attraktiv: In unseren Gesellschaften soll es grösstmögliche Freiheit der Konsumentinnen und Konsumenten und der Unternehmerinnen und Unternehmer geben, wo wir auf möglichst freien Märkten selbst bestimmen können, welche Produkte wir kaufen und nach welchen Schnäppchen wir jagen, um unsere Wohlfahrt zu maximieren. Dabei ist jeder Mensch seines Glückes Schmied. Wenn sich alle an ein paar Gesetze halten, maximieren wir auf diese Art unseren Wohlstand. Wenn wir uns aus Nachhaltigkeitsgründen zurückhalten sollen, so müssen wir uns offenbar gegen uns selbst erheben. Ein schwieriges Unterfangen.

Die Gegenerzählung vieler «Ökos» ist wenig attraktiv: Seit 50 Jahren erzählen sie den Menschen, dass es fünf vor zwölf ist und schlimme Katastrophen drohen. Das ist keine positive Gegenerzählung. Es wird von den Menschen wahrgenommen, doch was ist die reale Handlungskonsequenz? Die Klimamodelle der Atmosphärenforscherinnen und -forscher mögen so plausibel sein, wie sie wollen, doch die Menschen werfen nicht ein Lebensmodell in den Mülleimer, wenn sie kein zwei-

tes in der Tasche haben. Vor allem nicht ein ähnlich Attraktives. Ausserdem verliert Alarmismus an Glaubwürdigkeit, wenn der Katastrophenfall ausbleibt. Dann gewöhnt man sich an gewisse Veränderungen, an gewisse Nachrichten – und nichts geschieht.

Und das ist ein Problem.

Dabei ist kaum bekannt, wie tief die Veränderungen gehen müssen, wenn wir ein enkeltaugliches Wirtschaftssystem aufbauen wollen. Hierzu ein Denkbeispiel für den Bereich Kohlendioxidemissionen: Angenommen, Sie haben CHF 50'000.– angespart und nutzen dieses Geld nun, um Ihr Haus ordentlich zu dämmen. Nach den Umbaumassnahmen sparen Sie tatsächlich CHF 2'000.– Heizkosten im Jahr. Nun stellt sich die Frage: Was tun Sie mit dem gesparten Geld? Mehr Flugreisen unternehmen? Dann emittieren Sie in 10'000 Meter Höhe. Mehr südostasiatische Unterhaltungselektronik anschaffen? Dann lassen Sie z. B. in China emittieren, für den Planeten ist das kein Unterschied. CHF 2'000.– einfach verbrennen? Das wäre uncool. Ein erster wirklich erfolgsversprechender Schritt wäre, weniger zu arbeiten. Wenn aber dann jemand anderer mehr arbeitet und statt Ihrer dann seine CO₂-Emissionen erhöht, bringt nicht einmal weniger Arbeiten etwas. Eine echte Lösung wäre, wenn die jährliche Arbeitszeit in dem Umfang sinkt, wie die Energieeffizienz zunimmt. Das wäre allerdings ein ordentlicher Dämpfer für das Wachstum – und im gegenwärtigen Wirtschaftssystem nicht zu haben. Denn das Streben der Unternehmen definiert sich gerade dadurch, anderen Unternehmen einen Schritt voraus zu sein, um am Markt zu bestehen. Daraus ergibt sich der Zwang zu Innovation, neuen und billigeren und energieeffizienteren – aber eben auch mehr – Produkten. Die dann bitteschön auch gekauft werden müssen, von Ihrem gestiegenen oder gesparten Einkommen. Und solange werden auch die Emissionen nicht so weit sinken können, wie es nötig wäre, den Klimawandel zu stoppen.

Ganz schön kompliziert: Solange Wirtschaftswachstum herrscht, entfernen wir uns immer weiter von einer enkeltauglichen Welt. Täglich fliegen zehntausende Passagierflugzeuge durch die Lüfte, zu jeder Zeit fahren zehntausende Handelsschiffe über die Weltmeere. Es sollen noch viel mehr werden, das ist erklärtes Ziel etwa von Freihandelsabkommen wie zwischen der EU-Kommission und den USA (TTIP). Freihandelsabkommen haben das Ziel, den Wettbewerb zwischen den Staaten zu intensivieren, damit Produkte billiger werden. Das heisst: Der Billigere soll sich durchsetzen. Das nutzt bei Abkommen zwischen Industriestaaten im Allgemeinen den Verbraucherinnen und Verbrauchern, wenn sie (obwohl sie sich längst zu viel davon leisten) noch billigere Steaks bekommen; es schadet aber den Tieren, den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, der Umwelt und der Demokratie, weil die Spielräume gewählter Regierungen für Umverteilung von Reich zu Arm, Gesetze für mehr Umweltschutz, Arbeitnehmerrechte oder artgerechte Tierhaltung durchzusetzen, immer kleiner werden. Auch Freihandelsabkommen mit Entwicklungsländern sind selten fair. Wenn sich in Supermärkten in der Hauptstadt Kameruns in den Kühlregalen mitunter kein einziges einheimisches Produkt mehr finden lässt (wie in der Sendung «Der Irrsinn mit der Milch» von ZDFzoom am 25. Januar 2017 gezeigt), sondern vor allem Produkte von Meggle oder Zott die Regale füllen, dann ist ganz offensichtlich die Landwirtschaft den hochproduktiven Agrokonzernen Europas nicht gewachsen. Dann fördert Freihandel die Verelendung der Bevölkerung – und wir lassen die Flüchtlinge im Mittelmeer ertrinken. Mit dem ständig steigenden Export von Nahrungsmitteln wird bloss versucht, die zerstörerische Steigerungslogik in der Agroindustrie noch eine Zeitlang aufrechtzuerhalten. Gute Zukunftspolitik hiesse, den Weg zu verlassen, Märkte immer weiter zu vergrössern, um mehr Konkurrenz und Wachstum zu fördern. Die meisten Nahrungsmittel können und sollen regional erzeugt und vertrieben werden. Weder Milch noch Getreide sind Hightechprodukte, deren Herstellung besonders viel Wissen oder Kapital erfordert. Den Wachstumsdruck aus dem System zu nehmen hiesse hier, die Exportorientierung zu beenden und die Standards für Umwelt- und Tierschutz deutlich nach oben zu schrauben.

So wie im Wirtschaftsbereich heilige Kühe geschlachtet werden müssen (wir brauchen weniger Wettbewerb!), sind in unseren Köpfen einige Überzeugungen geradzurücken. Von jenen wissen die Philosophen schon seit Jahrtausenden, die Glücksforscherinnen und -forscher der Gegenwart haben sie sogar wissenschaftlich belegt: In einer Wohlstandsgesellschaft macht nicht mehr Konsum glücklicher, sondern mehr (und selbst gesteuerte) soziale Eingebundenheit und eine von allen als sinnvoll betrachtete selbstbestimmte Beschäftigung. Wer keine Freundinnen und Freunde hat, kann sich nicht glücklich konsumieren. Wessen Ehe droht, in die Brüche zu gehen, wird auch von seinem neuen Superhandy nicht glücklicher. Und ein Familienvater, der in den

1970er-Jahren einen Renault R4 erstand, empfand dieselben Glücksgefühle wie ein Familienvater im Jahr 2019, der einen BMW X7 kauft. Der Fortschritt etwa in der Automobilindustrie ist eine Chimäre, nicht einmal der Treibstoffverbrauch ging relevant zurück. Die Lebenszufriedenheit ist in den Industriestaaten seit Jahrzehnten nicht mehr relevant gestiegen. Die mit irrem Lebenszeit- und Ressourcenaufwand zu immer neuen Innovationen angetriebene Konsumindustrie ist offensichtlich hochgradig sinnlos. Deshalb ist eine enkeltaugliche Welt möglich, ohne dass das unsere Lebenszufriedenheit schmälern müsste – wenn wir uns denn entscheiden, den Weg bald zu beschreiten. Nein, es geht nicht von alleine, vor allem die ersten Schritte sind mühsam.

Den Wachstumswahn abzubremsten heisst vor allem, der globalen Ökonomie an Relevanz zu nehmen, weil von dort die grössten Wachstumswänge kommen. Nimmt man weniger die Produkte der Konzerne ins Augenmerk und blickt mehr auf das, was für das Zusammenleben der Menschen gut und wichtig ist, zeigt sich: Alles Wichtige geschieht in der Region, in der wir leben. Hier wollen wir uns zugehörig fühlen, hier sehen wir Umweltprobleme, wollen aber eine intakte Umwelt; hier sehen wir soziale Ungleichheit, hier erfahren wir unmittelbar, wenn unsere Handlungen oder unser Engagement etwas bewirkt. Für die Region, in der wir leben, entwickeln wir am leichtesten ein Verantwortungsgefühl – und damit das Bedürfnis, uns einzumischen. In der Region erkennen wir unmittelbar, welche Chancen demokratische Verfahren den Menschen bieten. Und für jede Region gilt ausserdem: Manchmal muss man nur genauer hinschauen, um zu erkennen, was hier alles wächst und produziert wird.

Niko Paech (2012), Autor des Bestsellers «Befreiung vom Überfluss», macht den Vorschlag, dass wir – wenn möglich – nicht mehr als durchschnittlich 20 Stunden pro Woche einer Lohnarbeit nachgehen sollen. Die anderen 20 Stunden sollen wir in unsere Regionen und Nachbarschaften investieren und dort tun, was uns Spass macht. Ein buntes Mosaik an Möglichkeiten bietet sich, angefangen von längst bekannten ehrenamtlichen Tätigkeiten hin zum Engagement in Repair-Cafés, Tauschbörsen, Umsonst-Läden, Urban Gardening bis hin zum Aufbau neuer Strukturen etwa von Gemeinschaftsgärten, einer solidarischen Landwirtschaft oder Regionalwährungen. Um mehr Menschen dazu zu bewegen, mitzutun, gilt es natürlich, politisch zu sein: den steten Austausch darüber zu suchen, was einen letztlich antreibt, vielleicht eine enkeltaugliche Welt mitzugestalten, die Hemmschuhe zu bekämpfen, mit dabei sicherlich Freihandel, Ungleichheit, Arbeitsverdichtung, und das Positive hervorzuheben. Denn zum Engagement für eine enkeltaugliche Welt führen keine wissenschaftlichen Abhandlungen, sondern Begeisterung.

Quellen

Paech, Niko (2012). *Befreiung vom Überfluss: Auf dem Weg in die Postwachstumsökonomie*. München: Oekom Verlag.

ZDFzoom (2017, 25. Januar). *Der Irrsinn mit der Milch [Doku]*. Gefunden unter <https://www.zdf.de/dokumentation/zdfzoom/der-irrsinn-mit-der-milch-100.html>

Hochschule Luzern auf dem Weg der nachhaltigen Entwicklung



Beatrice Windlin
Leiterin Qualitätsentwicklung
Hochschule Luzern

Die Hochschule Luzern ist sich ihrer gesellschaftlichen Verantwortung als Bildungs- und Forschungsinstitution bewusst. Sie hat den Anspruch, sich wirtschaftlich, sozial und ökologisch nachhaltig zu entwickeln. Daher erarbeitete ein departementsübergreifendes Projektteam zwischen 2016 und 2018 eine Nachhaltigkeitsstrategie für die Hochschule Luzern.

Diese Nachhaltigkeitsstrategie definiert Ziele und Massnahmen entlang von sieben Themen. Das erste Thema ist jenes der **institutionellen Verankerung**. Das Prinzip der nachhaltigen Entwicklung soll in die Gesamtstrategie der Hochschule Luzern integriert werden mit überprüfbaren Nachhaltigkeitszielen. Im Weiteren will die Hochschule Luzern die Integration der Nachhaltigkeit einerseits in der Lehre, andererseits in der **Forschung** aufrechterhalten und fördern. Konkret bedeutet dies, Bildungsangebote regelmässig bezüglich Nachhaltigkeitsaspekten zu reflektieren und allenfalls anzupassen.

Die Hochschule Luzern unternimmt Massnahmen, um ihren **Betrieb** umweltfreundlich zu gestalten. Erstmals hat sie den Verbrauch und die Emissionen für Strom, Wärme, Wasser, Kehrlicht und Papier erhoben und ambitionierte umweltrelevante Ziele definiert, dies in enger Anlehnung an die Vorgaben der 2000-Watt-Gesellschaft. Daran will sie sich künftig messen. Das fünfte Thema betrifft das **Arbeitsumfeld**, dessen Attraktivität die Hochschule Luzern erhalten und fördern will. Im Zentrum der Bemühungen steht die Mitarbeitendenbefragung, die alle drei Jahre stattfindet. Im Weiteren fördert die Hochschule Luzern das **studentische Engagement** im Bereich Nachhaltigkeit, indem sie Aktivitäten von Studierenden, wie z.B. die «Nachhaltigkeitswoche Luzern», ideell und finanziell unterstützt. Schliesslich will die Hochschule Luzern regelmässig und transparent über nachhaltige Entwicklung **kommunizieren**. Dazu institutionalisiert sie ein Reporting, sensibilisiert ihre Mitarbeitenden und Studierenden für nachhaltiges Handeln und steht mit der Öffentlichkeit bezüglich Nachhaltigkeit im Dialog.

Mit ihrer Nachhaltigkeitsstrategie macht die Hochschule Luzern einen ersten grossen Schritt hin zu einer breiten Verankerung des Prinzips der nachhaltigen Entwicklung. Der Übergang zu einer umfassenden Nachhaltigkeit geschieht jedoch nicht von heute auf morgen. Das Nachhaltigkeitsprinzip muss in einer langfristigen Perspektive auf allen Ebenen bewusst, stetig und gezielt gefördert werden.



**Nachhaltigkeits
Woche** Luzern

Nachhaltigkeitswettbewerb



Katrin Hofer
Wissenschaftliche
Mitarbeiterin
Hochschule Luzern –
Soziale Arbeit

Im Sinne der Förderung von studentischem Engagement wurden alle Studierenden während der internationalen Studienwoche aufgefordert, in Gruppen Ideen zu entwickeln, was die Hochschule Luzern – Soziale Arbeit im Bereich Nachhaltigkeit machen könnte. Zum Ende der Woche wurden die Ideen vor einer Jury präsentiert. Die Jury war zusammengesetzt aus:

- Dorothee Guggisberg, Direktorin Hochschule Luzern – Soziale Arbeit
- Beatrice Windlin, Leiterin Qualitätsentwicklung Hochschule Luzern
- Gabriela Niederberger, Leiterin Departementsdienste Hochschule Luzern – Soziale Arbeit
- Marianne Hochuli, Caritas Schweiz
- Benjamin Hermann, Student, Vertretung VESTA
- Bernard Wandeler, Modulverantwortung Internationale Studienwoche

Die Jury hatte die Aufgabe, die beste Idee und Präsentation zu prämiieren. Der Preis: ein kleines Geschenk für die Gruppe mit der besten Idee in Form von Gartengold-Apfelsaft. Zudem wurde die beste Idee an die Hochschul- bzw. Departementsleitung mit dem Antrag zur Umsetzung übergeben.

Die Studierenden machten sich mit viel Enthusiasmus ans Werk und diskutierten vielfältige und tolle Ideen. Der Entscheidungsprozess, sich auf einen einzigen Vorschlag zu fokussieren, fiel nicht allen Gruppen leicht. Auch die Vorbereitungszeit, um die Ideen zu entwickeln und eine kreative Präsentation vorzubereiten, war eher knapp berechnet. Doch der Aufwand hat sich gelohnt: Alle Gruppen entschieden sich nicht nur für kreative, sondern auch für relevante und umsetzbare Ideen und führten diese in gelungenen Präsentationen vor – von Theater bis Kurzfilm war alles mit dabei. Die Ideen umspannten ein breites Spektrum an Ansatzpunkten. So wurden Tauschbörsen und Talentpools unter Studierenden, Öffentlichkeitsarbeit und Sensibilisierungskampagnen, ein nachhaltigeres Beschaffungs-, Verkaufs- und Abfallkonzept der Mensa oder ein Fitnessraum an der Hochschule Luzern – Soziale Arbeit, wo man selber Öl pressen, Kaffee mahlen oder elektronische Geräte aufladen kann, zum Thema.

Als beste Idee wurde der Vorschlag gekürt, den departementsübergreifenden Dialog an der Hochschule Luzern durch eine Art «Nachhaltigkeitsbotschafter/in» in allen Departementen zu stärken. Wir sind gespannt, wie dies umgesetzt wird, und freuen uns, dass die Studierenden mit ihren Ideen viele Denkanstösse geben konnten. An dieser Stelle nochmals herzliche Gratulation an alle Studierenden und vielen Dank für die vielen tollen Beiträge!

Agenda 2030 – durch Kürzungen ausgebremst



Karin Schweitzer
Studentin Hochschule
Luzern – Soziale Arbeit

Die geforderten Kürzungen in der Sozialhilfe durch Politikerinnen und Politiker sind mit den Zielen der Agenda 2030 nicht zu vereinbaren. Die kurzfristigen Einsparungen könnten sich auf die nachhaltige Entwicklung negativ auswirken und die Gesellschaft im In- und Ausland teuer zu stehen kommen.

Seit einigen Jahren steht die Sozialhilfe unter Spardruck. Es wird gefordert, den Grundbedarf der Sozialhilfe auf das Existenzminimum zu kürzen (Peter Riebli, 2017). Diese Forderung widerspricht diversen Zielen der Agenda 2030:

Das erste Ziel, die Armut in all ihren Formen und überall zu beenden (Zivilgesellschaftliche Plattform Agenda 2030, 2018, S. 70), mag erreicht scheinen, da die Schweiz für die Existenzsicherung und die Integration der Bürgerinnen und Bürger in die Gesellschaft Verantwortung übernimmt. Trotzdem sind gegen 615'000 Menschen von Armut betroffen und 1.2 Millionen von Armut bedroht (Bettina Fredrich, 2018, S. 22). Die Reduzierung des Grundbedarfs bedeutet nicht nur persönliche Einschränkungen der Sozialhilfebeziehenden, sondern wirkt sich auch auf die Gesundheit und das Konsumverhalten aus. Mit dem Existenzminimum würde laut SKOS (2019) pro Person und Tag CHF 5.– für Lebensmittel zur Verfügung stehen. Dieser Betrag lässt kaum Spielraum für eine abwechslungsreiche und gesunde Ernährung. Daraus können Krankheiten wie Diabetes, Adipositas oder koronare Herzkrankheiten folgen, die Mehrkosten nach sich ziehen. Weiter wird es unmöglich, nachhaltig Kleider, Spielzeug oder Smartphones einzukaufen, was wiederum die Umsetzung der Agenda 2030 in Billiglohnländern verhindert und die internationale Armut fördert.

Das dritte Ziel der Agenda fordert ein gesundes Leben für alle Menschen jeden Alters und ihr Wohlergehen (Zivilgesellschaftliche Plattform Agenda 2030, 2018, S. 71). In der Schweiz sind Sozialhilfebeziehende über die Grundversicherung der Krankenkassen abgesichert und haben Zugang zu einer adäquaten medizinischen Versorgung. Mit dem Unterziel 3.8, die allgemeine Grundversorgung (Zivilgesellschaftliche Plattform Agenda 2030, 2018, S. 71), ist auch der Zugang zu Informationen, Prävention und Behandlung gemeint (Martin Leschhorn Strebel, Corinna Bisegger & Susanne Rohner, 2018, S. 31). Migrantinnen und Migranten sind durch die Grundbedarfskürzungen in diesem Bereich besonders betroffen. Die Sprachkenntnisse, um die Informationen zu verstehen, der Zugang zum Internet, sowie die Kompetenz, dieses zu nutzen, bleiben herausfordernd. Kurse zur Computeranwendung, Ernährung, Sport oder anderen Präventionsthemen sind unerschwinglich. Somit bleiben der Zugang zu Information und Prävention und deren positiven Effekte ungenutzt.

Das vierte Ziel verlangt eine inklusive, gleichberechtigte und hochwertige Bildung und die Möglichkeit des lebenslangen Lernens (Zivilgesellschaftliche Plattform Agenda 2030, 2018, S. 72). Die Schweiz verfügt über ein sehr gutes Bildungssystem, trotzdem besteht keine lückenlose Chancengleichheit. Diese wird durch die Sozialhilfekürzung noch verschärft, insbesondere dann, wenn Eltern ausserschulische Lernangebote wie Lager, Exkursionen oder Nachhilfe finanzieren müssen. Auch frühkindliche Förderung oder vorschulischer Spracherwerb werden ungenügend unterstützt (Eva Schmassmann & Ruth Dällenbach, 2018, S. 34–35). Zwar können ausserschulische Kosten über situationsbedingte Leistungen in der Sozialhilfe übernommen werden, dies setzt aber informierte Eltern voraus und Sozialarbeitende, die den Ermessensspielraum nutzen. Frühkindliche Förderung kann mit Betreuungsgutschriften unterstützt werden, die Abgabe der Gutschriften sind in der Regel an die Erwerbsarbeit gebunden. Somit bleiben diese Möglichkeiten kinderreichen Familien verwehrt.

Die geforderten Kürzungen bedeuten für die Betroffenen zusätzlichen Druck und erschweren die soziale und wirtschaftliche Integration. Zudem können die Ziele der Agenda 2030, zu der sich die Schweiz verpflichtet hat, nicht erreicht werden. Unter diesen Umständen kann es nicht im Interesse der Schweiz sein, den Grundbedarf der Sozialhilfe auf das Existenzminimum zu kürzen.

Quellen

- Fredrich, Bettina (2018). Armut in der Schweiz. In Zivilgesellschaftliche Plattform Agenda 2030 (Hrsg.), *Wie nachhaltig ist die Schweiz? Die Umsetzung der Agenda 2030 aus Sicht der Zivilgesellschaft* (S. 22–24). Brig: Plattform Agenda 2030.
- Leschhorn Strebler, Martin; Bisegger, Corinna & Rohner, Susanne (2018). Gesundheit für alle – weltweit und in der Schweiz. In Zivilgesellschaftliche Plattform Agenda 2030 (Hrsg.), *Wie nachhaltig ist die Schweiz? Die Umsetzung der Agenda 2030 aus Sicht der Zivilgesellschaft* (S. 30–33). Brig: Plattform Agenda 2030.
- Riebli, Peter (2017). *Parlamentarischer Vorstoss. Sozialhilfe: Motivation statt Repression*. Gefunden unter <https://www.baselland.ch/politik-und-behorden/landrat-parlament/geschaeft/geschaeft-ab-juli-2015?i=https%3A//baselland.talus.ch/de/politik/cdws/geschaeft.php%3Fgid%3D8daf70a87006468fb8e816841ee68a85>
- Schmassmann, Eva & Dällenbach, Ruth (2018). Bildungspolitische Herausforderungen in der Schweiz. In Zivilgesellschaftliche Plattform Agenda 2030 (Hrsg.), *Wie nachhaltig ist die Schweiz? Die Umsetzung der Agenda 2030 aus Sicht der Zivilgesellschaft* (S. 34–36). Brig: Plattform Agenda 2030.
- Schweizerische Konferenz für Sozialhilfe (2019). *Weniger Sozialhilfe ist zu wenig. Eine Studie zeigt: Kürzungen gefährden die Existenzsicherung*. Bern. Gefunden unter <https://skos.ch/medien/medienkonferenzen/>
- Zivilgesellschaftliche Plattform Agenda 2030 (Hrsg.) (2018). *Wie nachhaltig ist die Schweiz? Die Umsetzung der Agenda 2030 aus Sicht der Zivilgesellschaft*. Brig: Plattform Agenda 2030.

Partizipation ermöglichen



Fleur Matson
Studentin Hochschule
Luzern – Soziale Arbeit

Schaut man sich die Sustainable Development Goals der Agenda 2030 der UNO genauer an, erkennt man in fast jedem der 17 Hauptziele Handlungsansätze für die Soziale Arbeit. Die Verbesserung der Lebensbedingungen von Menschen mit Behinderungen, vulnerablen Personengruppen und verletzlichen Minderheiten sind ein zentrales Anliegen der Agenda 2030. Hier sind die Professionellen der Sozialen Arbeit aufgefordert, eine aktive Rolle bei der Umsetzung der Agenda 2030 einzunehmen. Einerseits um selbst aktiv zu werden in den Organisationen, aber vor allem, um Möglichkeiten zu schaffen, in denen die von der Umsetzung betroffenen Menschen aktiv an der Gestaltung einer besseren Gesellschaft partizipieren können. Daraus lässt sich folgende These ableiten:

Die Professionellen der Sozialen Arbeit sind dazu aufgefordert, bei der Umsetzung der Agenda 2030 eine aktive Rolle einzunehmen, damit sich die zu unterstützenden Personengruppen an der Umsetzung beteiligen können.

Dass bei der Partizipation von beispielsweise Menschen mit Behinderungen noch Handlungsbedarf besteht, zeigt sich im Bericht der zivilgesellschaftlichen Plattform Agenda 2030. Diese bezieht sich aufgrund ihrer Analysen auf die immer noch fehlende Partizipation von Menschen mit Behinderung bei der Umsetzung der Behindertenrechtskonvention BRK der UNO, welche die Schweiz im Jahr 2014 ratifiziert hat. Mit der Handlungsaufforderung der Plattform Agenda 2030 gilt es nun, diese Lücke zu schliessen und Menschen mit Behinderungen und deren Organisationen in alle Projekte und Prozesse – von der Ausarbeitung zur Umsetzung bis hin zum Monitoring – miteinzubeziehen (Mirjam Gasser; Eliane Scheibler, Petra Schroeter & René Stäheli, 2018, S. 53).

Um dieses und weitere Ziele der Agenda 2030 der UNO erreichen zu können, ist eine aktive Mitarbeit und Zusammenarbeit von unterschiedlichsten privaten und staatlichen Akteurinnen und Akteuren der gesamten Schweiz erforderlich (Sara Frey 2018, S. 11).

Die Soziale Arbeit als staatlich anerkannte und mitfinanzierte Profession ist mit ihren Organisationen in vielen Bereichen dem Staat zugeordnet und somit an die Bundesverfassung gebunden. Die Soziale Arbeit ist also nicht nur dazu befähigt, etwas zu tun, sie ist auch dazu verpflichtet und unterliegt nach Art. 35 Abs. 2 BV der gesetzmässigen Umsetzung der Grundrechte. Hierzu kann beispielhaft die Rechtsgleichheit nach Art. 8 BV genannt werden, dessen Abs. 2 dazu auffordert, Diskriminierungen unter anderem aufgrund körperlicher, geistiger oder psychischer Behinderungen zu verhindern. Des Weiteren kann Abs. 4 angeführt werden, der Massnahmen zur Beseitigung von Benachteiligungen von Menschen mit Behinderungen fordert.

Weiter kann der Berufskodex der Sozialen Arbeit als Handlungsaufforderung wie auch als Orientierungshilfe hinzugezogen werden. Er verpflichtet die Soziale Arbeit dazu, den Zugang und die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben zu ermöglichen, aktiv nach Lösungen für soziale Probleme zu suchen und solche zu entwickeln (Avenir Social, 2010, S. 6). Der Grundsatz der Partizipation, der den Einbezug aller Menschen am gesellschaftlichen Leben sowie die Befähigung zu autonomen Entscheidungen und Handlungen zum Ziel hat, ist ein wichtiger Leitsatz für die Handlungen der Professionellen der Sozialen Arbeit (Avenir Social, 2010, S. 9). Der Berufskodex der Sozialen Arbeit fordert dazu auf, Partizipation zu ermöglichen, die benachteiligten Personengruppen in die Umsetzung der Agenda 2030 miteinzubeziehen und als eigenständige Profession aktiv an neuen Lösungen zu arbeiten. Aufgrund gesetzlicher wie auch berufsethischer Aspekte sind Professionelle der Sozialen Arbeit und ihre Organisationen dringend dazu aufgefordert, Voraussetzungen zu schaffen, in denen Partizipation aller Menschen bei der Umsetzung der Ziele der Agenda 2030 der UNO möglich ist.

Quellen

- Avenir Social (2010). *Berufskodex Soziale Arbeit Schweiz – ein Argumentarium für die Praxis der Professionellen*. Bern: Avenir Social – Professionelle Soziale Arbeit Schweiz.
- Bundesverfassung der Schweizerischen Eidgenossenschaft vom 18. April 1999 (SR 101).
- Gasser, Mirjam; Scheibler, Eliane; Schroeter, Petra & Stäheli, René (2018). Menschen mit Behinderungen noch immer nicht gleichgestellt. In zivilgesellschaftliche Plattform Agenda 2030 (Hrsg.), *Wie nachhaltig ist die Schweiz? Die Umsetzung der Agenda 2030 aus Sicht der Zivilgesellschaft* (S. 51–53). Brig: Plattform Agenda 2030.
- Frey, Sara (2018). Alle zuständig, keiner verantwortlich? In Zivilgesellschaftliche Plattform Agenda 2030 (Hrsg.), *Wie nachhaltig ist die Schweiz? Die Umsetzung der Agenda 2030 aus Sicht der Zivilgesellschaft* (S. 10–12). Brig: Plattform Agenda 2030.

Der Tropfen



Lea Estermann
Studentin Hochschule
Luzern – Soziale Arbeit

Es ist ein heisser Stein: die Lebensmittelverschwendung in der Welt beträgt pro Jahr 1.3 Milliarden Tonnen (United Nations, ohne Datum). Gleichzeitig hungern in der Welt immer noch 900 Millionen Menschen (Jörg Schindler, 2015, S. 27). Das zweite Ziel der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung, die alle UN-Staaten im Jahr 2015 unterzeichnet haben, heisst denn auch: «Kein Hunger, Hunger und alle Formen von Unterernährung sollen beendet werden.» (Schweizerische Eidgenossenschaft, ohne Datum). Gegen die Lebensmittelverschwendung setzen sich auch in der Schweiz diverse Vereine ein und versuchen, durch Lebensmittelrettungen Gutes zu tun. Doch ganz ehrlich: Was bringen diese Aktionen hier in der Schweiz für das hungernde Kind in Sambia? Wohl nichts!

Der Verein Food Save Luzern mit seinen circa 15 Aktivistinnen und Aktivisten rettet mit Velo und Anhänger dreimal pro Woche am Wochenmarkt und bei Partnerläden zwei grosse Boxen Esswaren, die nicht mehr verkauft werden können. Dieses einwandfreie Essen wird danach kostenlos in einem öffentlichen Kühlschrank zur Verfügung gestellt. Laut Mitbegründer Marcel Kofler werden so seit fünf Jahren wöchentlich mehrere Kilo Essen gerettet. Auf ein Jahr ausgerechnet ergibt dies circa 1.3 Tonnen (E-Mail vom 11. Januar 2019). Verglichen mit der weltweiten Lebensmittelverschwendung sind das 0.0000001 Prozent, übersetzt also: nichts. Ursachen für Hunger in der Welt sind unter anderem Kriege, Naturkatastrophen und schlechte Regierungsführung (Welthungerhilfe, 2018) und haben somit nichts zu tun mit unserem Essverhalten in der Schweiz.

In den letzten fünf Jahren haben solche Projekte in der Schweiz stetig zugenommen. Inzwischen gibt es ein starkes Netzwerk zwischen den verschiedenen Städten mit ihren Vereinen und Angeboten (Lebensmittelretten-Wiki, 2018). Alle diese kleinen Projekte sind Tropfen auf den heissen Stein. Aber die Tropfen werden zu einer kleinen Welle. Worum geht es? Um die Aktion vor Ort, um Aufmerksamkeit, um Aufklärung. Denn so kann für das Thema sensibilisiert werden. Und genau das sind die Stärken von solchen Projekten. Und um die Auswirkungen unseres Essverhaltens weiterzuspinnen: Das Halten von Vieh, der Anbau von Gemüse und Getreide verbrauchen auch in der Schweiz Unmengen an Ressourcen. Rund ein Drittel der konsumbedingten Umweltbelastungen in Europa wird durch die Nahrung verursacht, hauptsächlich in der Produktion (WWF, ohne Datum). Ohne nun das kapitalistische System, das hinter all dem steht, miteinzubeziehen, ist die Lösung eigentlich ziemlich einfach: Würden wir weniger Essen kaufen, das wir danach wegschmeissen, müsste weniger produziert werden. So könnte diese Umweltbelastung gesenkt werden. Und jetzt kommt der springende Punkt: Umweltbelastung bedeutet eine globale Belastung, denn diese führt zum Klimawandel; zu Dürre, Überschwemmungen, Wasserknappheit. Und genau diese Naturkatastrophen sind auch Gründe für den Hunger in der Welt (Welthungerhilfe, 2018). Wer also behauptet, eine Veränderung in unseren Städten anzustreben sei nutzlos, denkt nicht global.

Und was hat nun die Soziale Arbeit damit zu tun? Aus meiner Sicht geht es um eine ökologische Grundhaltung, die wir als Professionelle der Sozialen Arbeit haben müssen. Die Soziokulturelle Animation ist an einer guten Stelle, um informell Zielgruppen zu sensibilisieren. Gerade bei Kindern und Jugendlichen, die schliesslich unsere Zukunft sind, kann das Thematisieren beim Mittagstisch oder beim Kinoabend im Treff interessante Gespräche zum Thema fördern und so Wissen vermitteln. Ganz nach dem Credo: «Think global, act local!»

Quellen

Lebensmittelretten-Wiki (2018). *Schweiz*. Gefunden unter <https://wiki.foodsharing.de/Schweiz>

Schindler, Jörg (2015). *Stadt, Land, Überfluss. Warum wir weniger brauchen als wir haben*

(3. Aufl.). Frankfurt am Main: Fischer Verlage.

Schweizerische Eidgenossenschaft (ohne Datum). *Die Schweiz und die Sustainable*

Development Goals. Gefunden unter https://www.eda.admin.ch/dam/agenda2030/de/documents/flyer-agenda2030_DE.pdf

United Nations (ohne Datum). *Minimizing food waste*. Gefunden unter <https://www.unenvironment.org/regions/north-america/regional-initiatives/minimizingfood-waste>

Welthungerhilfe (2018). *Hunger: Verbreitung, Ursachen & Folgen*. Gefunden unter

<https://www.welthungerhilfe.de/hunger/>

WWF (ohne Datum). *Fleisch und Milchprodukte*. Gefunden unter <https://www.wwf.ch/de/unsere-ziele/fleisch-und-milchprodukte>

Das World Café

Der Donnerstagnachmittag der internationalen Studienwoche stand im Zeichen des World Cafés. Als Grossgruppenmoderationmethode erlaubt das World Café die Reflexion vieler Personen über ein Thema innerhalb kurzer Zeit. In einer lockeren, an die eines Cafés erinnernde Atmosphäre wird an verschiedenen Tischen à rund zehn Personen diskutiert. Die Café-Stimmung wurde von den moderierenden Studierenden dahingehend geprägt, als dass sie kleine Snacks und Getränke zur Verfügung stellten. Nach einer gewissen Zeit – angekündigt durch ein akustisches Signal – wird gewechselt. Die Teilnehmenden begeben sich an einen anderen Tisch, wo eine weitere Frage im Zentrum steht. Moderiert werden die Diskussionen an den Tischen von Studierenden, welche die wesentlichen Inhaltspunkte auf den Tischtüchern festhalten.

Fragen

Der Rückbezug des bislang Gelesenen und Gehörten zur Thematik der Studienwoche stand im Fokus des World Cafés. Mittels folgender Fragen wurde die Rolle der Profession der Sozialen Arbeit diskutiert:

1. Was ist allgemein der Beitrag der Sozialen Arbeit bei der Umsetzung der 17 Ziele für nachhaltige Entwicklung?
2. Was kann ich als angehende/r Professionelle/r der Sozialen Arbeit zu einer nachhaltigen Zukunft beitragen?
3. Was sind Chancen und Risiken der Nachhaltigkeitsdebatte in der Schweiz?

Die Erkenntnisse aus den Diskussionen an den Tischen wurden von den Tischmoderatorinnen und -moderatoren wie folgt zusammengefasst.

Erkenntnisse zur Frage 1

Was ist allgemein der Beitrag der Sozialen Arbeit bei der Umsetzung der 17 Ziele für nachhaltige Entwicklung?

Bei den 17 Zielen für nachhaltige Entwicklung stehen die gesellschaftlichen Verhältnisse zwischen individuellem Verhalten und dem Zusammenhang mit der Natur bzw. der Umwelt im Fokus. Somit stellt Nachhaltigkeit die Beziehung von Individuen und Gesellschaft zu ihrer natürlichen Umwelt dar, bei der stets eine Ressourcenerhaltung angestrebt wird. Genau an dieser Schnittstelle zwischen Gesellschaft und Umwelt kann die Soziale Arbeit ihren Beitrag bei der Umsetzung der 17 Ziele leisten. Der Beitrag liegt im Nutzen und in der Vermittlung des Wissens im Bereich der Nachhaltigkeit. Nur wenn die Professionellen der Sozialen Arbeit Aufklärungsarbeit vollziehen und die Klientel für die Thematik und die dahinterstehende Problematik sensibilisieren, kann die Gesellschaft dazu befähigt werden, das Thema der Nachhaltigkeit nicht mehr zu tabuisieren und signifikante Veränderungen im Nachhaltigkeitsbewusstsein anzustreben. Dabei stellt die Bildung eine zentrale und wichtige Rolle dar. Je früher das Bewusstsein für eine nachhaltige Entwicklung in der Gesellschaft erreicht wird, desto höher ist die Chance, ein nachhaltiges Verhalten und einen entsprechenden Konsum in der Gesellschaft zu erreichen, die die Erhaltung der Ressourcen anstreben. Indem Professionelle der Sozialen Arbeit eine Vorbildfunktion für ihre Klientel und die Gesellschaft einnehmen, ist es wichtig, dass sie stets ihre eigene Rolle hinterfragen und eine klare Haltung der Sozialen Arbeit betreffend der Agenda 2030 und der daraus abgeleiteten Ziele einfordern und einnehmen. Die Soziale Arbeit muss in der Politik eine klare Position beziehen und Debatten anstossen, um der Thematik auf politischer Ebene Gehör zu verschaffen. Um ein Umdenken anzustreben, ist es für die Soziale Arbeit nicht abwendbar, mehr Einfluss in der Politik zu erhalten, um der Nachhaltigkeit ökologisch, ökonomisch sowie auch sozial mehr Bedeutung zu verschaffen. Das Nutzen von Synergien und somit die interdisziplinäre Arbeit und der Zusammenschluss verschiedener Bereiche und Branchen sind enorm wichtig, damit die Soziale Arbeit in der Umsetzung einer nachhaltigen Entwicklung ihren Beitrag leisten kann.

Der Berufskodex der Sozialen Arbeit erwähnt das Konzept der Nachhaltigkeit nicht – ebenso wenig, wie dieses Thema im Lehrplan des Studienganges der Sozialen Arbeit verankert ist. Es wird für die Nachhaltigkeit des Wissens sowie für die Glaubwürdigkeit der Ernsthaftigkeit der Lage als

zentraler Meilenstein angesehen, ein Konzept der Nachhaltigkeit zu entwickeln und dieses fest im Berufskodex der Sozialen Arbeit zu verankern. Dadurch wird der Auftrag der Sozialen Arbeit bezüglich der Umsetzung der 17 Ziele klar definiert, was für eine glaubhafte und starke Positionierung in der Gesellschaft unumgänglich ist. Die Vertiefung und Bearbeitung des Themas Nachhaltigkeit als integrierter Bestandteil in der Ausbildung von Professionellen der Sozialen Arbeit wird als wichtig angesehen, um der Thematik in allen Berufsrichtungen der Sozialen Arbeit Gehör und Bewusstsein zu verschaffen. Die Soziale Arbeit kann im Kleinen Grosses bewirken! Durch die alltagsnahe Arbeit mit der Klientel kann die Soziale Arbeit die Nachhaltigkeit dort fördern, wo sie ihre Stärke hat. Sie muss selbstständig und in ihren eigenen Systemen handeln, aufklären und befähigen. Massnahmen in den sozialarbeiterischen Alltag einfliessen zu lassen, um so das Bewusstsein der Nachhaltigkeit in der Gesellschaft zu verankern, ist ein zentraler Beitrag, der die Soziale Arbeit zur Umsetzung der 17 Ziele für nachhaltige Entwicklung leisten kann.

Moderatorinnen und Moderatoren der Frage 1: Jelena Betschart, Rahel Castelli, Alexia Photiou, Karin Suter, Durim Vishaj

Erkenntnisse zur Frage 2

Was kann ich als angehende/r Professionelle/r der Sozialen Arbeit zu einer nachhaltigen Zukunft beitragen?

Sensibilisierung und Aufklärung

Zentrale Punkte in unserer Profession sind, dass wir eine Vorbildfunktion für unsere Klientel übernehmen, indem wir Nachhaltigkeit in unseren Alltag integrieren. Das heisst konkret:

- Wir sollten unser eigenes Konsumverhalten, unsere Werte und Haltungen immer wieder hinterfragen
- Vorbildfunktion auch im privaten Umfeld einnehmen
- Unser soziales Umfeld zum Denken anregen und aufrütteln
- Politisch aktiv werden (abstimmen, am Diskurs teilnehmen, demonstrieren)
- Informiert bleiben und sich ideologische Argumente aneignen
- Mutig und kreativ sein, indem wir Aktionen oder Projekte planen
- Unser Pensum reduzieren, damit wir Freiwilligenarbeit leisten können oder unser Umfeld dazu motivieren, dies zu tun

Handlungsbedarf in Bezug auf unsere Arbeit

- Nachhaltiges Arbeitsverhältnis, das heisst längere Zeit bei einer Arbeitgeberin oder einem Arbeitgeber bleiben, damit Beziehungsnetze und vorhandene Ressourcen an Erfahrungen nicht verlorengehen
- Ebenso nachhaltige Lösungen für die Klientel anstreben
- Die eigene Organisation in Frage stellen und das Thema Nachhaltigkeit im Team thematisieren. Bestehende Strukturen sollten ebenfalls hinterfragt werden. Falls nötig, sogar Widerstand gegen ökonomische Strukturen leisten
- Unser berufspolitisches Engagement verstärken und Lobbyarbeit leisten, uns mit Organisationen vernetzen, die nachhaltige Projekte anbieten
- Sich bewusst sein, dass es auch soziale Nachhaltigkeit gibt
- Unsere Klientel über Vernetzungsmöglichkeiten informieren

Ideen für Projekte bezüglich Nachhaltigkeit

- «Reste-Tag» in Heimen einführen, an denen Essensreste gesammelt und wiederverwertet werden
- Zusammen mit Klientel Abfalltrennung thematisieren und durchführen
- In Schulen ist der Papierverschleiss riesig. Es gibt Aktionen, in denen Jugendtreffs Schulen abklappern und wiederverwertbares Schulmaterial (halbleere Schulhefte und Bücher) sammeln und für den Jugendtreff nutzen
- Papierloses Arbeiten in Institutionen anstreben und somit Aktennotizen nicht mehr unnötig ausdrucken
- Energiesparparrix: ein Jugendprojekt, in dem Jugendliche lernen, wie sie sparsam mit Energie umgehen

- Schulgärten realisieren, in denen das Bewusstsein gefördert werden soll, wie lange es dauert, bis eine Pflanze oder ein Gemüse geerntet werden kann
- Setting für freiwilliges Lernen schaffen, das heisst, individuell auf die Bedürfnisse der Kinder und Jugendlichen eingehen
- Workshops zum Thema Nachhaltigkeit anbieten

Moderatorinnen und Moderatoren der Frage 2: Kathrin Brun, Saskia Keller, Anja Otth, Dorentina Sahiti, Nathalie Varnagy

Erkenntnisse zur Frage 3

Was sind Chancen und Risiken der Nachhaltigkeitsdebatte in der Schweiz?

Im Rahmen der Studienwoche «Soziale Arbeit und nachhaltige Entwicklung» wurde das Thema der Nachhaltigkeit aus verschiedenen Blickwinkeln beleuchtet. Im World Café dachten die Studierenden unter anderem über die Nachhaltigkeitsdebatte hier in der Schweiz nach. Verschiedene Fragen wurden in den Raum gestellt. Was genau ist die Nachhaltigkeitsdebatte? Findet sie überhaupt statt? Und wenn ja, wer führt sie? Und wo sehen die Studierenden Chancen und Risiken in Zusammenhang mit der Nachhaltigkeitsdebatte? Im Folgenden haben wir die wichtigsten Erkenntnisse aus den Diskussionen zusammengefasst.

Viele Studierende sehen ein Hauptproblem in der Art und Weise, wie die Nachhaltigkeitsdebatte heute geführt wird. Die Debatte findet laut ihnen auf einer sehr hohen Ebene statt. Politikerinnen und Politiker, Ökonominen und Ökonomen und alle, die über den nötigen Bildungsstand und die Zeit verfügen, können am Diskurs teilnehmen. Viele sehen es als problematisch, dass die Thematik nur «zerredet» wird und nicht in die Tat umgesetzt wird. Die breite Bevölkerung wird zu wenig in den Diskurs integriert. Und die Bedeutung der Nachhaltigkeit im Alltag wird mässig thematisiert. Die bestehenden Angebote zum Thema scheinen nur jenen bekannt zu sein, die sich dafür interessieren. Wo man sich gute und hilfreiche Information holen könnte, scheint ebenfalls ein grosses Fragezeichen zu sein. Gerade hier sehen die Studierenden auch Chancen. Die Soziale Arbeit sollte sich hier verantwortlich fühlen, die Nachhaltigkeitsdebatte in die Zivilgesellschaft zu tragen. Speziell die Schulsozialarbeit oder die Soziokultur wurde immer wieder genannt.

In diesem Zusammenhang glauben die Studierenden, dass nebst der Sozialen Arbeit die Ökonomie speziell in die Verantwortung genommen werden sollten. An den Universitäten sollte zur Nachhaltigkeit im Wirtschaftssystem Stellung bezogen werden, damit sich in der Schweiz längerfristig etwas ändern wird. Die Wirtschaft sollte nachhaltiger denken und sich davon entfernen, nur Wachstum zu generieren.

Auf politischer Ebene wird das Engagement der Jugend als sehr präsent wahrgenommen. Gerade in der Nachhaltigkeitsdebatte fand in letzter Zeit eine verstärkte politische Mobilisierung statt. Dies sehen die Studierenden als Beispiel dafür, dass die nötigen Bildungsressourcen in der Schweiz sehr wohl vorhanden wären. Man sollte sich hier aber bewusst werden, dass dies zur Gratwanderung werden kann. Einerseits braucht es den Diskurs und die politische Stellungnahme der Zivilgesellschaft, andererseits sollte man stets darauf achten, die Nachhaltigkeit in die Praxis zu führen.

Abschliessend kann gesagt werden, dass trotz aller Risiken ein Umdenken auf allen Ebenen beobachtet werden kann und schon viel zur Aufklärung gemacht wird. Hier besteht ein grosses Potenzial.

Moderatorinnen und Moderatoren der Frage 3: Paul Friedrich Bolender, Rahel Geyer, Marco Perucchi, Yael Nathalie Stauffer, Céline Wittwer

Quelle

Internationale Studienwoche (2019). *World Café. Unveröffentlichte Notizen und Flipcharts.* Hochschule Luzern – Soziale Arbeit.

Literaturliste zur Studienwoche

Albrecht, Peter-Georg (2015). Nachhaltige Soziale Arbeit. *Sozial Extra*, 4, S. 10–15.

Eser, Uta (2014). Umweltethik und Politische Ethik-Natur als Gegenstand von Interessenkonflikten. In: Maring, Matthias (Hrsg.), *Bereichsethiken im interdisziplinären Dialog* (S. 221–238). Karlsruhe: KIT Scientific Publishing.

Frey, Sara & Gross, Dominik (2018). In der politischen Debatte über die Ungleichheit steckt viel Brisanz, Interview mit Sabin Bieri. *Global*, 70, S. 8–12.

Littig, Beate & Griessler, Erich (2004). *Soziale Nachhaltigkeit*. Wien: Bundeskammer für Arbeiter und Angestellte.

Plattform Agenda 2030 (2018). *Wie nachhaltig ist die Schweiz?* Die Umsetzung der Agenda 2030 aus Sicht der Zivilgesellschaft. Brig: Zivilgesellschaftliche Plattform Agenda 2030.

Schweizerische Eidgenossenschaft (ohne Datum). *Die Schweiz und die Sustainable Development Goals*. Gefunden unter: https://www.eda.admin.ch/dam/agenda2030/de/documents/flyer-agenda2030_DE.pdf

Van Dok, Geert (2018). Das Klima wartet nicht – Baustellen der Schweizer Klimapolitik. *Partnerschaft*, 2, S. 16–17.

Bücherauswahl zur Studienwoche

Boyle, T.C. (2016). *Ein Freund der Erde*. München: Carl Hanser Verlag.

Gaarder, Jostein (2013). *2084 – Noras Welt*. München: Carl Hanser Verlag.

Hunter, Megan (2017). *Vom Ende an*. München: C. H. Beck.

Lunde, Maja (2017). *Die Geschichte des Wassers*. München: btb.

Schindler, Jörg (2014). *Stadt – Land – Überfluss*. Frankfurt am Main: Fischer Verlage.

Rückblick: Studienwoche



Corinne Wicki
Studentin Hochschule
Luzern – Soziale Arbeit



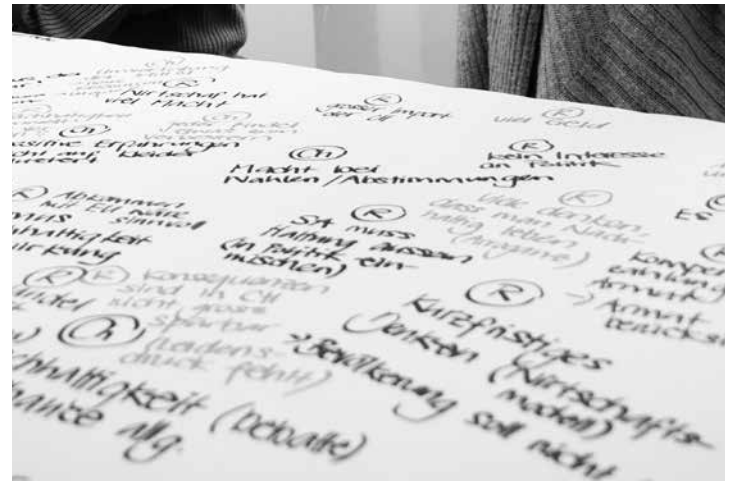
Saranda Salihaj
Studentin Hochschule
Luzern – Soziale Arbeit



Katja Doslic
Studentin Hochschule
Luzern – Soziale Arbeit













Herausgebende: Prof. Bernard Wandeler, Katrin Hofer
Cover: Die 17 Ziele für nachhaltige Entwicklung (UNO)
Gestaltung: Hochschule Luzern, Marketing & Kommunikation
Korrektur: punkto, Nicole Habermacher, Luzern
Druck: Odermatt AG, Dallenwil
Copyright: Autorinnen und Autoren
Ausgabe: Juni 2019

Hochschule Luzern – Soziale Arbeit
Werftstrasse 1
Postfach 2945
6002 Luzern
Schweiz
T +41 41 367 48 48
sozialarbeit@hslu.ch
www.hslu.ch/sozialarbeit